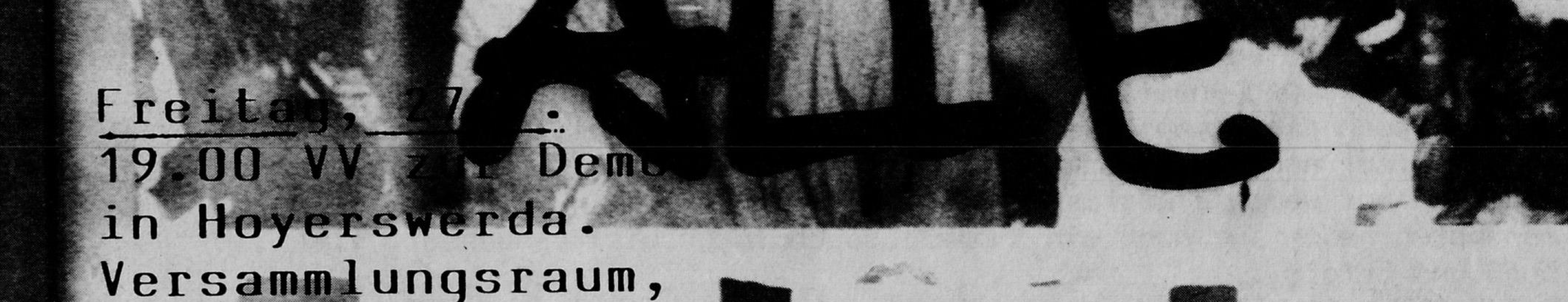
Großer BILD-BERLIN-Report:

Bleiberecht für Alle

Freitag, 27.9.
19.00 VV zur Demo in Hoyerswerda.
Versammlungsraum, Mehringhof



Samstag, 28.9.
13.00 Kundgebung vor Springer gegen die Hetze gegen AusländerInnen. Kochstraße.

Sonntag, 28.9.
14.00 Demo in Hoyerswerda.

auswärts 2,50 DM

2 DM

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

Jetzt in Bild Berlin

Nr. 162

27. September 1991

Vorwort

Hoyerswerda - die Demo findet statt! am Sonntag 14Uhr; trotz aller Bedenken, aber nicht statt allem Anderen. Die Demo ist kein Ersatz für eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, um für eine Veränderung des bislang überwiegenden Bildes in der Öffentlichkeit einzutreten (siehe Titel). Wir müssen endlich versuchen das, was wir theoretisch formulieren auch in eine Praxis umzusetzten. Hoffentlich reicht der Atem um noch in den nächsten Wochen gemeinsame Aktionen mit den Flüchtlingen hinzukriegen, wie z.B. einen bundesweiten Aktionstag mit bspw. Unterstützungskundgebungen vor den Flüchtlingswohnheimen. Ein weiterer Mobilisierungspunkt sollte die geplante Innenministerkonferenz Ende Okt. sein. Klar ist, daß wir nicht innerhalb ein paar Wochen die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen können.

Einen Bericht von Hoyerswerda haben wir leider nicht bekommen, ebenso keine Fotos (Tadel), daher nur die autonome Presseerklärung.
Desweiteren mit ein monatiger Verspätung ein BekennerInnenschreiben der RZs zum Anschlag auf eine Ausläderbehörde in Böblingen, im Anschluß daran eine zynische (wie sonst) Begründung für die Abschiebung einer/s Roma ebensolcheiner Behörde nach Jugoslawieen.
Erwähnenswert finden wir das Heinz Schenk Papier zur Kampagnenpolitik und Organisationsfrage, auch wenn wir es falsch finden Flüchtlingsarbeit der Kampagnenpolitik zuzurechnen. Um eine kontinuierliche Praxis bemühen sich nicht nur die RZs sondern auch all die Flüchtlings- und Asylgruppen seit Jahren. Kampagnenpolitik wird in dem Papier zurecht kritisiert und abgelehnt,auch die Olympiakamp. kommt dabei nicht so doll weg, vielleicht gibt es darauf noch eine andere Antwort als: ja, alles richtig aber trotzdem..
Wir hoffen auf weitere kritische Beiträge.

- Ansonsten haben iwr noch ein Rubbellossuchglücksspiel eingebaut, viel Spaß und Erfolg...
- Rot/Schwarz (auch wenns gut aussieht) istnicht zu kopieren!!! Folglich fehlt das Papier zur Demaskierung von E 92 (s. Termine)
- Nach der NOlympia-Fahrraddemo sind im EX 2Fahrräder abgegeben worden
- Und überhaupt all die Termine Dienstags noch und dazu ohne Schoki, das ist ne Sauerei,never again!
- Briefe, Beschwerden, Beiträge und die Schokiii bis Montag 17 Uhr an!

Inhaltsangabe:

S.3 Presseerklärung der Hoyerswerda Aktion
S.5 RZ-Erklärung
S.9 Bescheid im Asyl-Verfahren
S.12 Pressemitteilung aus Neumünster
S.14 Kampagnen Heinz
S.19 Projekt Wandzeitung
S.20 Bericht St. Pauli Spiel
S.22 Tacheles und Volkxsport
S.23 Berlin-Marathon
S.24 Forderungspapier aus Stammheim
S.27 Presseerklärung zu Knuth und Ralph (HH)
S.28 Zur Besetzung des Justizministeriums in Kiel
S.29 Spiegel besetzung
S.30 Kurdistan Korrektur
S.32 Hinweis zu Jugoslawien Veranstaltungen

Ordnerliste:
Yilmaz Güney
Demo in Neumünstser
Infomappe aus Neumünstser
0 Nummer der Wandzeitung
Flugi aus Oldenburg
Göttsinger Drucksache
Hausbesetzung in Flensburg

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda

Sonntag, 22. September

Etwa 80 Autos mit 300 Personen bewegten sich im Kovoi von Berlin nach Hoyerswerda, Ort porgromartiger Angriffe auf ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge. Aufgerufen hatten verschiedene Flüchtlings- und Bürgerrechtsgruppen, gekommen waren überwiegend Autonome, Antifas, Frauen- und Lesbengruppen. Ziel war, direkt und praktisch den von den rassistischen Angriffen Betroffenen Solidarität zu demonstrieren, weitere Angriffe abzuwehren, Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Angekommen am Flüchtlingswohnheim, Thomas-Münzer-Straße in Hoyerswerda, wurden die DemonstrantInnen sogleich von Bereitschaftspolizisten angegriffen, als sie versuchten, direkt vor dem Wohnheim mit Flüchtlingen in Kontakt zu kommen. Angeblich zum Schutze der Flüchtlinge da, verhinderte die Polizei damit, einen unmittelbaren breiten Austausch zwischen DemonstrantInnen und Flüchtlingen.

Dennoch lernte eine Delegation der DemonstrantInnen im Gespräch mit den Flüchtlingen - unter anderem aus Mozambique, Angola, Rumänien, Vietnam und Ghana - deren Situation kennen. Nicht erst die pogromartigen Angriffe der letzten Woche, als Neonazis, mit Applaus und Unterstützung von AnwohnerInnen, das Wohnheim belagerten und mit Molotow-Coctails und Steinen angriffen, machten die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge unerträglich. Schon seit etwa acht Monaten werden sie im Alltag - beim Einkaufen, Telefonieren, in Kneipen, sogar beim Kirchgang - behindert und tätlich angegriffen. Verletzten wurde die Behandlung in Krankenhäusern verweigert, Anzeigen wurden von der Polizei ignoriert.
Während der Gespräche, die die Delegation führte, zogen die DemonstrantInnen durch das umliegende Wohnviertel, forderten die AnwohnerInnen auf, die rassistischen Angriffe nicht mehr hinzunehmen, sich von den Neonazis zu distanzieren und auf Seiten der Flüchtlinge einzugreifen. Bei Diskussionen mit AnwohnerInnen war für die DemonstrantInnen erschreckend, wie viele von ihnen die von Politikern und Medien (besonders der Bild-Serie) angestachelte Hetzkampagne gegen Flüchtlinge mittragen, dieselben rassistischen Stereotype verwenden: Die Flüchtlinge selbst seien das Problem, sie müßten sich der "deutschen Lebensweise" unterordnen - am selben Tag vom sächsischen Innenminister Krause über Rundfunk verbreitet. Kein Wort über den staatlichen Rassismus.

Aber es gab auch Ausnahmen, leider wenige: AnwohnerInnen, die Zivilcourage bewiesen und sich spontan dem Demonstrationszug anschlossen.
Einzelne Neonazis, die sich in Erwartung von weiteren Übergriffen auf Flüchtlinge in der Nähe der Polizeisperren aufhielten, wurden von den DemonstrantInnen vertrieben und zum Teil verprügelt.

Bevor die DemonstrantInnen nach gut fünf Stunden in Hoyerswerda die Rückfahrt nach Berlin antraten, betonten sie noch einmal ihr Anliegen, daß sie mit allen Mitteln den Versuch der Regierungspolitiker vereiteln wollen, Hoyerswerda wie auch andere Anschläge auf Flüchtlingswohnheime zum Zwecke einer weiteren Verschärfung der repressiven Asylpolitik zu benutzen. Vorschläge des sächsischen Innenministers, die Flüchtlinge "in Sicherheit zu evakuieren", sie in Militärbaracken zu kasernieren, bewacht von Stacheldraht umwehrt, verletzen das fundamentale Recht der Flüchtlinge, dort zu wohnen, wo sie möchten, und nicht mehr in ein Ghetto gepfercht zu werden. Dieses Interesse bekundeten sie auch gegenüber der Delegation.
Die DemonstrantInnen wandten sich gegen die Absicht, die Flüchtlingen noch mehr zu einem gesellschaftlichen Fremdkörper zu stempeln, indem sie in bewachte Ghettos eingeschlossen werden. Dies ist das Kennzeichen der BRD-Asyl=politik schon seit etwa zehn Jahren. Völlig ausgeblendet wird bei dieser Politik die Mitverantwortung der BRD für die Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, wo Ausbeutung, Umweltzerstörung und Kriegsproduktion die Lebensgrundlage für immer mehr Menschen vernichten.

Als perfide betrachten die DemonstrantInnen auch das Manöver, die pogromartigen Angriffe von Hoyerswerda und anderswo als Argument in der unsäglichen Asylrechtsdiskussion auszunutzen, als Argument für eine weitere Abschottung aufgrund fehlender "sozialer Akzeptanz" für die Flüchtlinge - nachdem die Flüchtlinge aus Berlin und Frankfurt bewußt in geschichtslose Betonviertel mit rassistisch anfälligen KleinbürgerInnen deportiert wurden.

Orientierung kann nur die Forderung der Flüchtlinge selbst sein, in menschenwürdigen Bedingungen dort zu leben, wo sie es wollen, ohne Nazi-Angriffe, ohne Stacheldraht, ohne Ghetto. Von den DemonstrantInnen wurde in diesem Zusammenhang auch erwogen, für die Flüchtlinge sichere Unterkünfte in anderen Orten, beispielsweise in Berlin zu suchen. Das entspräche auch dem Wunsch, wie er von den Flüchtlingen geäußert wurde, die am liebsten gleich mit dem Konvoi nach Berlin gefahren währen.

BERLINER AUTONOME GRUPPEN

Seit Montag ,23.09.91 ordnet die Ausländerbehörde im verstärktem Mass Ausreiseaufforderungen für Flüchtlinge an. Dies betrifft Menschen, die bisher Duldungen hatten.
Seit Monaten ist klar, dass diese Menschen abgeschoben werden sollen; über den Sommer wurden ihre Duldungen um jeweils 5 bis 20 Tage verlängert.
Jetzt haben sie z.T. nur noch bis zum 1. Oktober Zeit.
Gleichzeitig werden die Sozialämter ingormiert. Diese drohen mit der Einststellung der Sozialhilfe, wenn die Flüchtlinge nicht Flugtickets bei der "Rückkehrhilfe" beantragen.

ERKLARUNG

morgens hörst du die nachrichten: "bundesinnenminister schäuble schlägt vor, daß die west- und osteuropäischen länder eine abgestimmte und umfassende abwehrstrategie gegen die einreise von flüchtlingen entwickeln sollen."
du gehst beim bäcker vorbei. im laden hörst du, wie die verkäuferin zur kundin sagt: "da muß man aufpassen, die klauen doch immer."
sie meint einen mann, mit schwarzer hautfarbe, der vor dem ladenregal steht.
mittags schlägst du die zeitung auf und liest die überschrift: "brandanschlag auf flüchtlingswohnheim."einige bewohner/innen wurden mit rauchverletzungen ins krankenhaus eingeliefert.
du fährst in die stadt. unterwegs triffst du eine kurdische genossin. sie erzählt dir, daß ihre vor einer woche abgeschobene freundin in der türkei festgenommen wurde. sie haben sie mehrere tage gefoltert.
abends gehst du in deine szene-kneipe. dort hängt ein plakat: "internationales fest für völkerverständigung mit ausländischem essen und afrikanischer trommelmusik."

dies ist sicherlich nur ein ausschnitt von dem, was wir täglich hören, lesen und sehen. beispiele für den alltäglichen rassismus und vernichtungswillen, dem die hier lebenden flüchtlinge und immigrant/inn/en permanent ausgesetzt sind.
situationen, die auch bei uns wut und haß gegen die dafür verantwortlichen hervorrufen.
doch durch unsere politische arbeit wissen wir, daß betroffenheit alleine keine ausreichende grundlage für kontinuierliches politisches handeln ist. denn erst das analysieren der herrschaftsverhältnisse, daß z.b. rassismus ein integraler bestandteil der imperialistischen ausbeutung ist und daß diese durch die rassistische sozialisation jeder und jedes einzelnen gesellschaftlich abgesichert wird, macht es uns möglich, ansatzpunkte für revolutionären widerstand zu finden.
hinzu kommt, daß betroffenheit allein dazu führen kann, in flüchtlingen und immigrant/inn/en nur die opfer zu sehen, anstatt auch ihren tagtäglichen widerstand gegen die hier bestehenden herrschafts- und unterdrückungsverhältnisse wahrzunehmen.
es ist notwendig, daß wir unsere rassistische sichtweise ablegen und unseren blickwinkel erweitern:

ob in überfüllten sammellagern oder auf dörfern in der ex-ddr, ob auf ämtern oder auf der straße - überall kämpfen sie gegen ihre diskriminierung und für ein menschenwürdiges leben.
sie organisieren sich und machen demonstrationen, besetzungen, hungerstreiks und andere protestaktionen.

HERRSCHAFTSABSICHERUNG AUF UNTERSTER EBENE

die ausländerbehörde spielt für flüchtlinge und immigrant/inn/en eine zentrale rolle. permanent sind sie mit dem institutionalisierten rassismus dieser behörde konfrontiert.
auf der grundlage des ausländergesetzes und anderer sondergesetze wird hier über aufenthaltsstatus, arbeitserlaubnis oder ausweisung entschieden.
neben diesem in gesetze gegossenen rassismus treffen flüchtlinge und immigrant/inn/en auf den rassismus der schreibtischtäter/innen und müssen sich gegen deren willkür, schikanen und erniedrigungen zur wehr setzen. die beamt/inn/en spielen in vielen fällen ihre macht aus, z.b. wenn sie flüchtlingen die notwendige erlaubnis zum besuch von familienangehörigen in einem anderen landkreis verwehren.
immer bleibt flüchtlingen und immigrant/inn/en das gefühl, hier nicht erwünscht zu sein, den herrschenden normen in den metropolen nicht zu entsprechen, weil sie bestimmte kriterien nicht erfüllen:
sei es die richtige hautfarbe oder das richtige geschlecht,
sei es ausreichender wohnraum oder die angepasste politische überzeugung, sei es die falsche kultur oder religion, sei es die unbrauchbare arbeitskraft oder die herkunft aus dem trikont.
die mechanismen zur absicherung der imperialistischen, rassistischen, patriarchalen herrschaft greifen auf unterster ebene:
die beamt/inn/en selektieren flüchtlinge und immigrant/inn/en nach deren verwertbarkeit.
die beamt/inn/en kontrollieren deren alltag und politische aktivitäten.
die beamt/inn/en leiten die abschiebung ein, wenn flüchtlinge und immigrant/inn/en nicht oder nicht mehr verwertbar sind.
auch einzelne, sozial eingestellte beamt/inn/en ändern nichts an der tatsache, daß sie handlanger/innen der imperialistischen migrationspolitik sind.





DAS UNRECHT IST NICHT ANONYM. ES HAT EINEN NAMEN UND EINE ADRESSE.
(brecht)

z.b. das ausländeramt in der steinbeisstraße in böblingen.
am 22.8.91. haben wir bei diesem amt einen sprengsatz gezündet.

DER ANGRIFF AUF DIE DE-FACTO-FLÜCHTLINGE

mit der einführung des sog. neuen ausländergesetzes am 1.1.91.
eröffneten die herrschenden in der brd eine neue etappe gegen die menschen aus nicht-eg-ländern.
es ist die grundlage für die am 3.5. auf der innenministerkonferenz beschlossenen abschiebungen von de-facto-flüchtlingen.
über 50000 menschen, die bisher "wegen der besonderen lage im heimatland" aus humanitären gründen in der brd geduldet wurden, sollen jetzt wieder der verfolgung und vernichtung ausgesetzt werden.
gegen die angekündigten massenabschiebungen regte sich überwiegend aus dem humanistisch-christlichen spektrum protest, der dazu beigetragen hat, daß es am 15.7. zu einer erneuten innenministerkonferenz kam.
die herrschenden änderten die modalitäten der abschiebungen und einigten sich auf eine salamitaktik. der bisher praktizierte generelle abschiebestopp für flüchtlinge aus bestimmten ländern wurde beseitigt. flüchtlinge sollen je nach herkunftsland zeitlich versetzt abgeschoben werden.
daß diese politik jetzt nur noch die ab dem 1.1.89 eingereisten de-facto-flüchtlinge betreffen soll, ändert nichts am zynismus der brd, menschen überhaupt in krisen- und kriegsgebiete abzuschieben.
diese aktuelle regelung entspricht voll und ganz den bürokratischen und organisatorischen möglichkeiten der abschiebebehörden.
wir sehen dahinter das ziel, das reformistische und christliche spektrum zu beruhigen und den gemeinsamen solidarischen widerstand der betroffenen zu spalten und zu isolieren.
den von abschiebung bedrohten de-facto-flüchtlingen bleibt nur noch die möglichkeit der einzelfallprüfung. etliche wissen, daß dieser weg aussichtslos ist und reisen stattdessen "freiwillig" aus, bzw. versuchen illegal in ein anderes land zu kommen.

KRIEG GEGEN DIE IMMIGRANT/INN/EN UND FLÜCHTLINGE
ABSCHOTTUNG UND SELEKTION

innerhalb der eg wird es für flüchtlinge und immigrant/inn/en schon vor dem inkrafttreten des schengener abkommens zunehmend schwerer, sicher zu leben.
so will z.b. frankreich rigoros gegen legale und illegale flüchtlinge vorgehen und über 70000 von ihnen abschieben. ein französischer regierungssprecher nennt diese politik gegen die illegalen immigrant/inn/en konsequenterweise krieg.
es ist ein krieg in italien, der mit brutalster härte gegen albanische flüchtlinge geführt wird. die italienischen behörden schrecken nicht davor zurück, tausende von menschen im stadion von bari zu internieren, um sie dann zu deportieren. durch die absichtlich ungenügende versorgung mit lebensmitteln, die miserable ärztliche betreuung und den einsatz von waffen, haben sie verletzte und tote in kauf genommen.
es ist ein krieg, der flüchtlinge oft schon umbringt, wenn sie z.b. aus dem mahgreb unter lebensgefährlichen bedingungen übers meer nach spanien fliehen müssen.
an den grenzlinien zwischen nord und süd wird der krieg bald die form des krieges der usa annehmen, die schon jahrelang am rio grande auf die immigrant/inn/en aus dem süden schießen.

inzwischen ist überall in den metropolenstaaten offensichtlich, wie dieser spezialkrieg aussieht und sich entwickeln wird.
die bürgerlichen medien verbreiten in sinn der herrschenden das schreckensszenario von einer "flüchtlingsflut", als ob nicht bekannt wäre, daß die mehrheit der migrant/inn/en (80% davon sind frauen und kinder) innerhalb des trikonts selbst flüchten. nur ein geringer teil der menschen, die auf der flucht sind, kommen bis nach europa.
genauso bekannt ist, daß die imperialistische, patriarchale und rassistische ausbeutungspolitik der metropolenländer zur massiven zerstörung der subsistenzwirtschaft in trikont beiträgt.
das ist eine der hauptursachen für die weltweite migrationsbewegung.

die folgen dieser zerstörung treffen frauen und männer unterschiedlich. frauen haben im gegensatz zu männern weit weniger die möglichkeit zu lohnarbeit in weiter entfernten ländern oder anderen kontinenten. sie sind weniger mobil, weil sie die versorgung der familie leisten müssen. wenn sie flüchten, flüchten sie zumeist in nachbarregionen oder in angrenzende länder, vegetieren in

flüchtlingslagern dahin, oder versuchen ihr nacktes überleben in den großstadtslums zu organisieren. "bestenfalls" werden die jüngsten und gesündesten von ihnen in den weltmarktfabriken vernutzt. vielen frauen bleibt oft nichts anderes übrig, als sich als prostituierte über wasser zu halten. nicht selten müssen sie sich an weiße sextouristen verkaufen.

erst in den letzten jahren kommen aus bestimmten trikontländern und osteuropa mehr frauen als früher in die reichen metropolen.
hier erwartet sie eine patriarchale gesetzgebung, die sie zum rechtlosen anhängsel der (ehe-)männer macht, und ein sexistisches klima, das sie zwingt, sich und ihren körper für die rassistisch-sexistischen interessen weißer männer zu prostituieren.
die frauen haben auch in den metropolen die aufgabe, "ihre" männer zu reproduzieren.
frauenspezifische fluchtgründe werden im asylverfahren nicht anerkannt. als ehefrauen erhalten sie kein eigenständiges, gesichertes aufenthaltsrecht.

nur wenige frauen und männer haben das oft zweifelhaft glück, den weg in den reichen norden zu schaffen.
sie sind die sinnlich erfahrbare rückwirkung der folgen der imperialistischen ausplünderung, der ökologischen zerstörung und der dadurch entstehenden kriege und befreiungskämpfe.
dazu schreiben immigrant/inn/en:
"heute, wo fast 20 millionen immigrantInnen in den europäischen staaten leben, kann niemand mehr die realität verdrängen, daß aus der armut eine völkerwanderung stattfindet: zu dem reichtum. ursachen für diese völkerwanderung sind 500-jährige kolonialgeschichte, neue kolonialistische und gegenwärtige export- und kriegswirtschaft. aufgrund dieser jahrhundertelangen kolonialistischen und imperialistischen ausbeutungspolitik herrscht im größten teil der welt hunger und armut. und aufgrund dieser politik sind die in den metropolen lebenden menschen privilegiert und leben im wohlstand. deshalb sind die menschen, die aus der armut zu dem reichtum immigrieren, berechtigt, hierzubleiben. EGAL, AUS WELCHEM GRUND SIE DA SIND. diese migration ist als eine art kriegsführung zu verstehen. gegenüber den armutsverursachern und als eine art manöver, um vorzuzeigen, daß sie berechtigterweise anspruch auf die jahrhundertelang geraubten güter geltend machen werden." (aus: radikal nr. 142)
diese alte 'neue' weltordnung, die jetzt gegenüber den flüchtlingen und immigrant/inn/en die letzten masken fallen läßt, zeigt offenkundig für jede/n, die und der es sehen will, wie der imperialistische weg als globales modell faktisch funktioniert.

der status quo kann in den reichen, relativ befriedeten metropolen nur abgesichert werden, wenn 3/4 der welt abgehängt wird.
systematische verelendung und vernichtung sind das prinzip.
daß hierbei inzwischen etliche länder und halbe kontinente als ausschuß betrachtet und abgeschrieben werden, juckt die wenigsten metropolenbürger/innen.

in europa setzt die brd-politik den maßstab für den abwehrkrieg, den andere europäische staaten übernehmen müssen.
die herrschenden bereiten sich darauf vor: rechtlich, politisch, ideologisch, militärisch.
sie werden sich die menschlichen rosinen, sprich (aus-)gebildete, leicht integrierbare menschen aus dem trikont und zukünftig auch aus der sowjetunion und osteuropa herauspicken und den rest, sofern nicht kurzfristig verwertbar, abschieben.
reuter von daimler-benz und geißler von der cdu sind sich gegenüber der deutschen und europäischen rechten einig: "einwanderung im richtigen maße" ist die zukunftsparole. welches maß das ist, können wir uns denken.
flüchtlinge und immigrant/inn/en sind dann kein problem, wenn sie sich kontrolliert für die absicherung des "beute-machenden-lebensstils" einsetzen lassen.
ob als billige, nicht aufmuckende hamburgerproduzent/inn/en bei mcdonalds, ob als tschechoslowakische oder polnische saisonarbeiterinnen in bauwesen, landwirtschaft und gastronomie, ob als zwangsarbeitende flüchtlinge für 2,50 die stunde im bayerischen wald, ob als erotisch-exotische prostituierte und/oder hausfrauen, oder ob sie als unterhaltungskünstler/innen den öden deutschen alltag bereichern - so sind sie willkommen.

der selektionskriterienkatalog ist ein unverzichtbarer bestandteil der abschottungs- und abschiebepolitik.
europaweit werden flüchtlinge und immigrant/inn/en aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert.
es ist wichtig, daß ihre potentielle verwertbarkeit schnell genug herausgefunden werden kann - die europäischen selektionsexpert/inn/en stehen schon bereit.

wer aussortiert wird, wie die roma z.b., gelangt in zukunft kaum wieder in die reichen europäischen metropolenländer.
roma sind immer die letzten, die hier gebraucht werden und erwünscht sind, und sie sind immer die ersten, die abgeschoben werden.

so funktioniert neben dem sexismus ein sich multikulturell gebender, aber knallhart kalkulierender rassismus als herrschaftsinstrument.

DIE HILFLOSIGKEIT DER LINKEN

immigrant/inn/en und flüchtlinge, die hierher kommen, handeln im sinne der wiederaneignung ihrer lebenschancen, ihrer gesundheit und ihrer würde.
das ist den herrschenden, im gegensatz zur metropolitanen linken, längst klar.
dazu schreiben immigrant/inn/en:
"aber leider kann der größte teil der antiimperialistisch und antikapitalistisch gesinnten linken in diesem land diesen antiimperialistischen ansatz nicht verstehen. dieser migrationsprozeß, der aus der vertreibung und entwurzelung von millionen resultiert, der auch als rache der enterbten und als kampfansage gegen das kapital verstanden werden soll, läßt die deutsche linke in hilflosigkeit und lähmung fallen." (aus: radikal nr. 142)
wenn sich die linke "nur" über die abschiebeseite der migrationspolitik entrüstet und die seite der selektiven verwertung in ihrem postmodernen lebensstil ausblendet, trägt sie damit ihren teil zur zementierung der globalen ausbeutungsverhältnisse bei.
der 'gewinn', der immer noch abfällt, korrumpiert und vernebelt den blick gegenüber den patriarchalen, rassistischen und imperialistischen interessen.
er läßt den protest gegen abschiebungen als krokodilstränen daherkullern und lähmt die entwicklung eigener radikaler handlungsansätze.

WAS TUN ? WAS TUN !

die entscheidung, der herrschenden imperialistischen flüchtlingspolitik widerstand entgegenzusetzen, ist eine praktische konsequenz aus unserem antiimperialistischen verständnis.
denn die solidarität endet nicht bei der unterstützung von befreiungsbewegungen, sondern zeigt sich auch in unserer praktischen solidarität mit den flüchtlingen und immigrant/inn/en hier.
sie findet ihren notwendigen ausdruck im angriff auf die verantwortlichen für die ausländergesetze, auf die schreibtischtäter/innen, abschiebeschweine und gesetzesvollstrecker/innen mit weißen kragen.

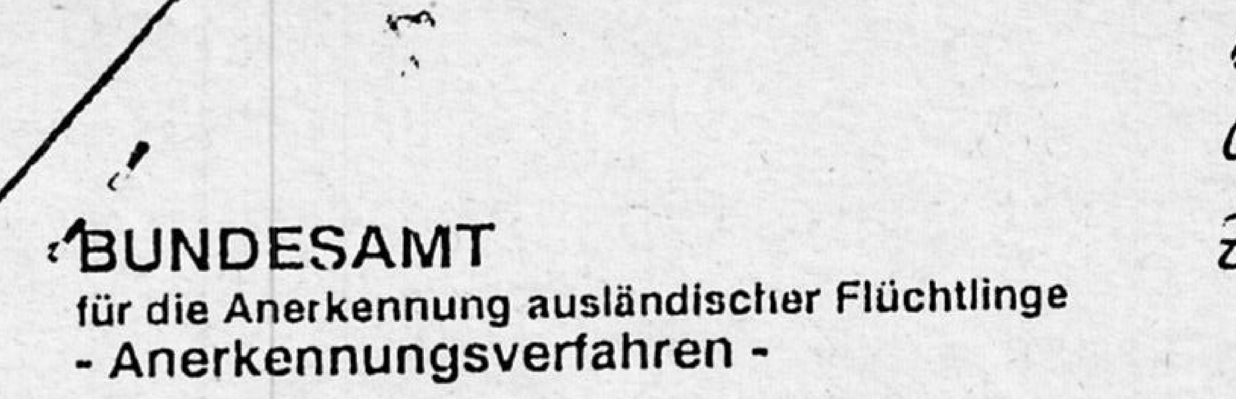
antiimperialismus hat zwar immer eine wesentliche rolle in linker theorie und praxis gespielt, aber die patriarchalen und rassistischen grundlagen der weltweiten ausbeutungsverhältnisse sind erst in den letzten jahren ansatzweise bestandteil im linksradikalen spektrum geworden.
wir kämpfen für eine herrschaftsfreie gesellschaft.
dazu müssen wir die verschiedenen unterdrückungsformen und die gesellschaftlichen widersprüche benennen, die wir abschaffen wollen.
mit freiheit verbinden wir die beseitigung der ausbeutung des menschen durch den menschen weltweit und das ende aller patriarchalen und rassistischen gewaltverhältnisse.

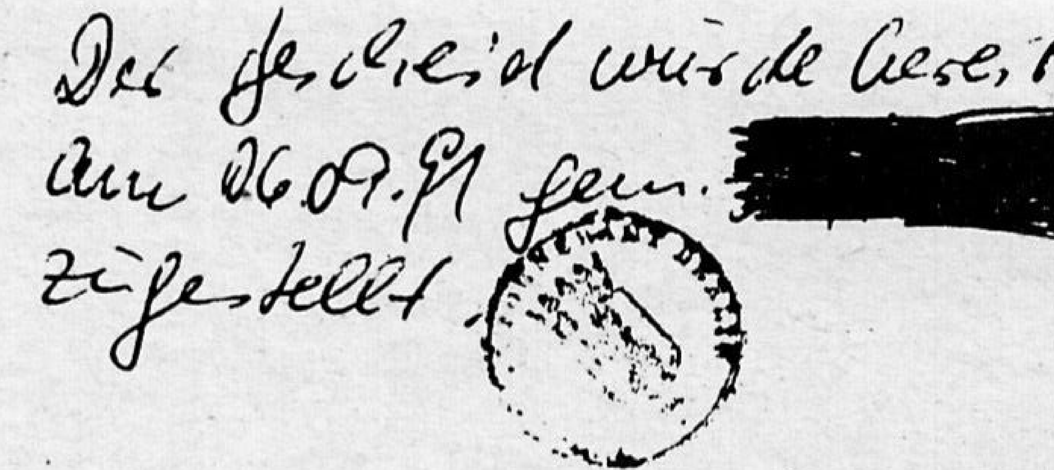
wir werden hier als weißer zusammenhang für antirassistische lebensvorstellungen kämpfen und das in einer eigenständigen auseinandersetzung und politischen praxis umsetzen. dabei gibt es für uns nach wie vor mehr fragen als fertige antworten.
unser ausgangspunkt, unser politisches ziel und unsere politische (alltags)praxis müssen sich deshalb immer wieder der diskussion stellen und hinterfragen lassen. unsere glaubwürdigkeit ergibt sich nicht nur aus schreibtischanalysen sondern entscheidend auch aus unserer praxis.
wir solidarisieren uns mit flüchtlingen und immigrant/inn/en und beziehen dabei position. fehler und widersprüche werden sich immer wieder herausstellen.
wir kämpfen nicht stellvertretend für flüchtlinge und immigrant/inn/en, doch wir haben die hoffnung, daß wir perspektivisch eine politische kraft entwickeln, gemeinsam mit ihnen, genauso wie mit anderen gesellschaftlichen gruppen.
eigenständige organisierung und praxis sehen wir als basis für diese perspektive. wie die zusammenarbeit aussehen kann, ob in bündnissen oder in gemischten zusammenhängen, wird sich zeigen.
für uns stellt sich die frage, was wir dazu beitragen können, und welche voraussetzungen wir von unserer seite aus schaffen müssen.

als weiße linke und als weiße feministinnen profitieren wir von rassistischer unterdrückung und wir wissen, daß es nicht ausreicht, die vorteile, die uns dieses system bietet, zurückzuweisen und so zu tun, als ob wir uns einfach auf die andere seite stellen könnten. als weiße männer und frauen müssen wir uns bewußt machen, daß wir in einer langen geschichte von kolonialistischer und imperialistischer ausplünderung der welt und dem vielfältigen widerstand der menschen dagegen stehen.
wir sehen die schwierige, aber unumgängliche aufgabe, uns dieses historische erbe genau aus unserer situation als metropolitane linke aufzuarbeiten und kritisch anzueignen.
es ist ein theoretischer und praktischer prozeß, der nicht individuell, glatt und platt gelingen kann, sondern mit menschen aus dem antiimperialistischen widerstand, mit flüchtlingen und immigrant/inn/en allmählich erarbeitet werden muß.
so kann internationale solidarität lebendig werden, und indem sie praktisch wird, können wir sie gegen die verantwortlichen für die imperialistische zerstörung richten, ohne unsere metropolitane geschichte zu verleugnen.
aus diesem internationalistischen verständnis heraus verstehen und erleben wir die abschaffung rassistischer spaltungs-, ausbeutungs- und herrschaftsmechanismen als teil unserer eigenen befreiung und als teil der befreiung von sämtlichen machtstrukturen. es wird ein langer widerspruchsvoller weg sein, zu dem es keine alternative gibt.
es geht darum, die alltägliche gewöhnung an rassistische und sexistische übergriffe zu durchbrechen, uns zu sensibilisieren und schlagkräftig zu werden auf allen politischen ebenen.
das bedeutet, auch die ausländerbehördliche praxis vor ort aus dem schatten der anonymität zu reißen, die orte des rassistischen alltags, der vielen flüchtlingen und immigrant/inn/en gerade dort begegnet, ans licht zu bringen und anzugreifen. die arbeit der abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es uns möglich ist.
wir wissen, daß sich im moment nur wenige menschen hier in den metropolen mit flüchtlingen und immigrant/inn/en solidarisieren.
doch unser kampf hat zum ziel, genau diese solidarität zu entwickeln, um damit den herrschenden ihre spaltungs- und ausbeutungswerkzeuge zu entreißen.



BUNDESAMT
für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
- Anerkennungsverfahren -





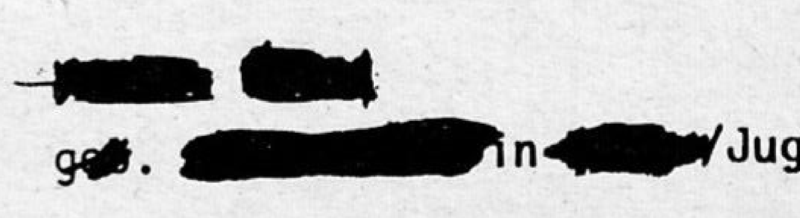
he 8502 Zirndorf

Gesch.

bitte unbedingt angeben

BESCHEID

In dem Asylverfahren der

Frau

geb. in /Jugoslawien

wohnhaft:
1000 Berlin

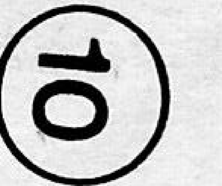
vertreten durch: ./.

ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigte wird abgelehnt.

2. Die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG liegen nicht vor.

Diensträume: Rothenburger Straße 29 | Tel.: (0911)8553-1 | Fax: (0911) 8553-238 | Telex: 623 477 budaf | Bankverbindung: Bundeskasse Nürnberg (BLZ 760 100 85) Postscheckamt Nürnberg Konto-Nr.2733-857



Begründung:

Die Antragstellerin, jugoslawische Staatsangehörige, ist am 26.05.1991 in den Geltungsbereich des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) eingereist und hat am 27.05.1991 die Anerkennung als Asylberechtigte beantragt.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Sachverhaltes wird auf den Akteninhalt verwiesen.

Dem Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigte kann nicht entsprochen werden. Die Antragstellerin erfüllt nicht die Voraussetzungen des Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG).

Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter besteht, wenn der Asylbewerber für seine Person die auf Tatsachen begründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung hegen muß.

Begründet ist die Furcht vor Verfolgung dann, wenn dem Asylsuchenden bei verständiger Würdigung der gesamten Umstände seines Falles politische Verfolgung mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht, so daß ihm nicht zuzumuten ist, im Heimatstaat zu bleiben oder dorthin zurückzukehren.

Die drohenden Beeinträchtigungen sollen - sofern nicht unmittelbar Leben, Leib oder persönliche Freiheit gefährdet sind - nach ihrer Intensität und Schwere die Menschenwürde verletzen und über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben.

Für den Nachweis dieser Verfolgungsfurcht genügt, soweit zur Begründung des Asylbegehrens außerhalb des Geltungsbereichs des Asylverfahrensgesetzes vorgekommene Ereignisse angeführt werden, wegen des sachtypischen Beweisnotstandes im Asylverfahren die bloße Glaubhaftmachung dieser Vorgänge.

Für sogenannte Nachfluchtgründe ist jedoch der volle Nachweis zu erbringen.

Eine begründete Furcht vor politischer Verfolgung im zuvor beschriebenen Sinne hat die Antragstellerin nicht glaubhaft machen können.

Die Antragstellerin trug in der mündlichen Anhörung im wesentlichen vor, daß sie als Roma in Jugoslawien einer asylrelevanten Verfolgung unterliege. Insbesondere seien "Cetniks" an die Familie herangetreten und hätten vor allem auch ihre Söhne körperlich mißhandelt und bedroht, so daß die Familie sich entschlossen habe, Jugoslawien zu verlassen.

Nach gefestigter Rechtssprechung der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit findet eine Verfolgung der Volksgruppe der Sinti/Roma durch staatliche Organe in Jugoslawien oder - in deren Mitverantwortung - durch private Dritte nicht statt.
Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Gruppe als solche Ziel einer politischen Verfolgung ist, so daß im landesweiten, regionalen oder lokalen Bereich jedes einzelne Gruppenmitglied allein deswegen, weil es gruppenspezifische Merkmale aufweist; mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit politische Verfolgung zu befürchten hat.

Bei Berücksichtigung dieser rechtlichen Voraussetzung ist die Annahme einer den Roma/Sinti in Jugoslawien drohenden Gruppenverfolgung nicht gerechtfertigt, da der jugoslawische Staat im Gegenteil sogar bestrebt ist, diese Volksgruppe in das rechtliche und gesellschaftliche Leben Jugoslawiens zu integrieren.

Zwar ist nicht zu verkennen, daß die Situation der Roma/Sinti in Jugoslawien angesichts des in Jugoslawien allgemein sinkenden Lebensstandards mit teilweise sogar erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die wirtschaftliche Lage der Roma/Sinti ist noch schlechter als die der übrigen jugoslawischen Bevölkerung. Dies führt für sich jedoch zu keiner Anerkennung, da die wirtschaftli-

che Lage allein keine asylrechtliche Relevanz hat.
Es bestehen vor allem in ländlichen Bereichen noch erhebliche Vorurteile in der Bevölkerung. Ebenso genießen die Roma/Sinti ein geringes wirtschaftliches Ansehen. Ihre Erwerbstätigkeit, die eine private selbständige Beschäftigung ist und auf dem Einsatz von Privateigentum beruht, stößt bei kommunalen Funktionären auf erheblichen Widerstand. Dies alles ist jedoch nicht als Folge einer politischen Verfolgung der Roma/Sinti seitens des jugoslawischen Staates zu werten, da dieser den Roma/Sinti als einer in seinem Land lebenden Minderheit nicht die Möglichkeit nimmt, sich in ihren kulturellen, sprachlichen und religiösen Eigenheiten zu entfalten; weiterhin können sie - wie alle Bürger - insbesondere das Recht auf Arbeit, Freizügigkeit und Siedlungsfreiheit genießen. Letztlich kann auch von einem Zwang zur Assimilierung oder Aufgabe ihrer kulturellen Identität und Eigenheit, der als politische Verfolgung gewertet werden könnte, nicht gesprochen werden. Ende Juli 1989 wurde ein "Bund der Roma Jugoslawien" gegründet, der sich als politische Interessenvertretung dieser Volksgruppe versteht. Hier sind Ansätze für ein gezieltes gesellschaftliches und politisches Engagement der jugoslawischen Sinti und Roma erkennbar, an dem es bisher mangelte, für das im jugoslawischen Gesellschaftssystem aber durchaus Spielraum besteht.

Die soziale Lage der Roma in Jugoslawien, die in hohem Maße durch Armut, Analphabetismus und fehlende gesundheitliche Fürsorge gekennzeichnet ist, ist nicht Folge einer asylrechtsrelevanten staatlichen oder staatlich geduldeten Verfolgung, sondern ergibt sich aus den allgemein bestehenden Unverträglichkeiten zweier verschiedener Lebensformen und wird durch die derzeitige katastrophale wirtschaftliche Situation eher verstärkt.

Dem abzuhelfen ist jedoch nicht Aufgabe des Asylrechts.

Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß die Antragstellerin persönlich in einem der durch die Genfer Konvention geschützten Rechtsgüter zielgerichtet und von der Art und Intensität her erheblich verletzt worden wäre. Vielmehr wäre nach der bisherigen Sachverhaltsdarstellung ein weiteres Verbleiben in Jugoslawien möglich gewesen.

Nach alledem war der Antrag auf die Anerkennung als Asylberechtigte abzulehnen.

Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes besteht auch keine beachtliche Wahrscheinlichkeit für Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des § 51 Abs. 1 AuslG.

Dies ergibt sich im wesentlichen daraus, daß die Tatbestandsmerkmale des § 51 Abs. 1 AuslG im wesentlichen deckungsgleich mit dem Verfolgtenbegriff des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG sind.
Mögliche Ausnahmetatbestände im Hinblick auf die Vorschriften des § 1a und § 2 AsylVfG liegen nicht vor.
Danach war bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG der zu Art 16 Abs. 2 Satz 2 GG geltende Wahrscheinlichkeits- und Prognosemaßstab anzulegen.
Da im vorliegenden Fall keine zusätzlichen Anhaltspunkte für Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des § 51 Abs. 1 AuslG vorgebracht worden sind, und auch aus dem Akteninhalt hierfür nichts zu entnehmen ist, kann von einer Gefährdung aufgrund des § 51 Abs. 1 AuslG nicht ausgegangen werden

Die beigefügte Rechtsmittelbelehrung ist Bestandteil dieses Bescheides.



Haak

Neumünster, 18.9.91

PRESSEMITTEILUNG

Landesweite Demonstration mit den Forderungen: Keine Abschiebungen in die ehemalige DDR. Selbstbestimmungsrecht für alle Flüchtlinge.

Am Samstag, den 21. September findet in Neumünster eine Solidaritätsdemonstration für die Asylbewerberlnnen statt, die am 12. September in der Anscharkirche Zuflucht gesucht haben. Mit dieser Aktion wollen sie sich der sogenannten "Umverteilung" in die fünf neuen Bundesländer entziehen. Ihre Gründe dafür sind Angriffe von Neofaschisten auf AusländerInnen in allen Teilen der ehemaligen DDR. Selbst von staatlicher und kirchlicher Seite wurde eingestanden, daß die Polizei nicht mehr in der Lage sei, für die Sicherheit von AusländerInnen zu sorgen. Es gibt sogar gegenteilige Erfahrungen, daß die Polizei die rassistischen Angreifer unterstützt bzw. tatenlos zuschaut. Welche Dimensionen neofaschistischer Terror in den neuen Bundesländern angenommen hat, zeigt auch die große Zahl von Flüchtlingen, die aus Unterkünften in der Ex-DDR in westliche Bundesländer geflohen sind. Allein in Hessen sind es 370 Menschen. Einige Flüchtlinge, die in der Anscharkirche Zuflucht gesucht, sich später aber entschieden haben, doch in die Ex-DDR zu fahren, sind jeweils nach einem Tag wieder nach Neumünster zurückgekehrt. So fuhren 3 Flüchtlinge aus Bulgarien am Montag morgen in eine Asylunterkunft in der Nähe von Rostock. Dort trafen sie in der Unterkunft auf unmenschliche Verhältnisse. Auch gab es nichts zu essen. Im einzigen Geschäft des Dorfes wurde ihnen kein Brot verkauft und sie wurden aus dem Laden verwiesen. Einziger Grund: Sie sind AusländerInnen. Auf dem Rückweg in die Unterkunft wurden sie von ca. 10 Neonazis angegriffen, konnten aber in das Haus entkommen. Dort packten sie ihre Sachen und fuhren mit einem Taxi direkt nach Neumünster zurück. Ähnlich erging es anderen Flüchtlingen.

Diese Ereignisse zeigen, daß die derzeitige Umverteilungspraxis der Bundesregierung nicht durchsetzbar ist. Selbst Umverteilungen mit Polizeigewalt würden das Ziel nicht erreichen, weil die Flüchtlinge nicht bereit sind, den neofaschistischen Terror hinzunehmen, sondern in sicherere Teile der BRD fliehen.

Die Flüchtlinge in der Anscharkirche haben nur eine Forderung: Sie fordern die Bundesregierung auf, die "Genfer Flüchtlingskonvention" zu befolgen, die die Bundesrepublik mitunterzeichnet hat. Ein Punkt dieser Konvention verbietet es den unterzeichnenden Staaten, Flüchtlinge in Regionen abzuschieben, in denen ihre Sicherheit aufgrund von Hautfarbe, Religion oder politischer Überzeugung nicht gewährleistet ist. Es wird bereits von der Bundesregierung nicht mehr geleugnet, daß dieser Punkte auf die ehemalige DDR zutrifft.

Es rufen auf: Kultur-und Solidaritätsverein NMS, Infoladen Omega NMS, AG Zusammenlegung NMS, Arbeitskreis AusländerInnen-Politik NMS, Die Grünen/ Alternative Liste NMS, Culturcentrum Reichshalle NMS, DKP NMS, Thor-Tour Livemuziken NMS, Haus Bahnhofstr.41 NMS, Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen NMS, Einblatt Druckerei KI, GEGENWIND-Redaktion KI, PDS/Linke Liste KI, Autonome Infogruppe KI, Merhaba-Plenum KI, KRASS-Ladenkollektiv KI, ROTE HILFE-Ortsgruppe KI, Buchladen Zapata KI, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA NMS, KOMM-Kommunikationsstätte für Kultur, Bildung, Umwelt und Soziales i.G. Preetz, Kurdischer Kulturverein Rendsburg, Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung Kiel

Unterstützerin: Infoladen ASSATA Lübek. Antifacafe Lübek, Antifaaktion Lübek.



An die Asylbewerber in unserer Anscharkirche

Am 12.9.1991 sind Sie in unsere Kirche gekommen, um miteinander Ihre Situation zu klären. Dazu hatten Sie inzwischen Zeit und Gelegenheit. Der Zeitpunkt für die Abfahrt der Busse wurde hinausgeschoben. Sie wurden von Rechtsanwälten beraten. Auch der Besuch von Herrn Staatssekretär Möller und Herrn Stadtrat Olbrich dienten dazu, Ihnen die rechtliche Situation klar darzulegen. Ihnen wurde zusätzlich Zeit bis zum Ablauf des Wochendes eingeräumt, um Ihre Position zu überdenken.

Nach unserer Einsicht in die Sachlage verschlechtert sich Ihre rechtliche Situation, je mehr Zeit vergeht.

- ☐ *Sie setzen sich selbst ins Unrecht, wenn Sie den von den politischen Entscheidungsgremien und der Verwaltung vorgegebenen Weg, das Asylrecht zu erlangen, nicht beschreiten. Sie selber liefern damit Gründe für staatliche Organe, Zwangsmaßnahmen gegen Sie einzuleiten. Dies werden wir dann nicht verhindern können.*

- ☐ *Die Weigerung, in die Aufnahmestellen anderer Bundesländer zu wechseln, verstärkt die auch hier schon vorhandene Ausländerfeindlichkeit, weil für die Weigerung selbst und die Form der Äußerung in weiten Teilen der Bevölkerung kein Verständnis besteht. Wir bedauern die zunehmende Ausländerfeindlichkeit nachdrücklich.*

- ☐ *Wir sind überzeugt, daß auch in den Bundesländern, in die Sie verlegt werden sollen, Christen und Nichtchristen bereit sind, Sie zu unterstützen und für Ihre Sicherheit einzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Sie diese Unterstützung finden.*

- ☐ *Aus unserer Sicht führt Ihr Hungerstreik nicht zu den angestrebten Zielen, sondern verschlechtert Ihre Situation.*

Wir bitten Sie, um Ihretwillen, Ihren Hungerstreik zu beenden und in Ihre Unterkunft in der ehemaligen Holstenbrauerei zurückzukehren. Wir werden uns dafür verwenden, daß Ihnen aus den Ereignissen der vergangenen Tage keine Nachteile entstehen.

Der Kirchenvorstand der Ev.-Luth. Anschargemeinde

WIR SIND DOCH KEIN KAMPAGNENHEINZ !

I. Die Geschichte der autonomen Bewegung ist die von Kampagnen. Auch wir haben dabei gehofft, aus Ein-Punkt-Bewegungen zur kontinuierlichen Politik kommen zu können. Trotzdem wir dieses Konzept seit der Anti-Akw-Bewegung 86 für gescheitert erachteten, haben wir uns dann zähneknirschend mangels Alternative z.B. an IWF- und Shell-Kampagne beteiligt, obwohl wir deren baldigen Absturz vorausahnten. Wir hielten eine ungenügende Praxis für besser als gar keine.
Mit diesem Beitrag nehmen wir erstmals gegen die neuesten Kampagnen Stellung. Wenn wir Beispiele anführen, dann vor allem die Anti-Olympia-Kampagne, sinngemäß trifft unsere Kritik aber auch z.B. auf die WWG- und Flüchtlingskampagne zu.
Dabei haben wir nichts Grundsätzliches gegen eine Olympia-, Flüchtlings- oder WWG-Kampagne einzuwenden, sie müßten aber Resultat strategischer Diskussionen sein und nicht deren Ersatz.

II. Eine politische Bewegung muß sich eine gesamtgesellschaftliche Analytik erarbeiten - und dazu in permanentem öffentlichen Austausch (soweit es die Repression erlaubt) sowohl untereinander als auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stehen. Aus dieser Analyse heraus muß sie den jeweiligen Bedingungen gemäß die Mittel bestimmen und Schwerpunkte festlegen.

III. Die autonome Praxis sieht bekanntermaßen anders aus. Eine gesamtgesellschaftliche Analyse findet im großen und ganzen weder untereinander noch im Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, weder öffentlich noch unter der Hand statt - allenfalls noch im eigenen Kleingrüppchen, die für sich genommen aber kaum politisch handlungsfähig sind geschweige denn gesellschaftliche Relevanz erlangen können.

IV. So bleibt immer wieder das Warten auf äußere Ereignisse - auf Großprojekte, Treffen von politischen Gegnern, angreifenden Faschos, Häuserräumungen. Eigentlich müßten wir unseren jeweiligen Gegner doch mal zum Essen einladen oder ihm zu Ehren eine Kiezdisco geben: wie langweilig wäre der Herbst 88 ohne IWF gewesen, wie langweilig München ohne WWG 92 und wie langweilig ist das Leben in manchen besetzten Häusern ohne den Überfall der Bullen.
Wo im Grunde alle erleichert sind über den Anlaß zum Demonstrieren, obwohl sie sich nach außen darüber beschweren, wird es schizophren. Beschäftigungstherapie ist aber keine politische Perspektive.

V. Wo sowohl Anlaß als auch Form (möglichst militant auf allen Ebenen) der Politik feststehen, entsteht notwendigerweise ein instrumentelles Verhältnis zur Theorie. Theorie dient nur noch der Absegnung der zuvor schon beschlossenen Praxis. Dies führt zu einem reduzierten Theorieverständnis: Theorie ist nicht mehr das Beschreiben gesellschaftlicher Verhältnisse und daraus folgender Interventionsmöglichkeiten, sondern bloße Beschreibung der Machenschaften des Feindes. Sogar bloßes Faktenaufzählen wird noch als Theorie bezeichnet. Konsequenterweise setzt sich denn auch der selbstentlarvende Begriff "Inhalt" durch: das Gefäß ist bereits gegeben, es muß nur noch mit Inhalten gefüllt werden. Worin diese bestehen ist letztlich beliebig, nur die Form nicht.
Wir glauben, daß auch genau mit diesem falschen Verhältnis von Theorie und Praxis unsere berühmt-berüchtigten Schweige-VVs zusammenhängen. Wer die Praxis schon beschlossen hat, also nicht mehr strategisch diskutieren kann, dem bleiben nur noch die technischen Details: die beliebten Diskussionen Spalier ja-nein, Vermummung ja-nein etc.

VI. Wir lehnen die Kampagnen aus mehreren Gründen ab: aus politischen und persönlichen. Unsere persönlichen Gründe sind aber verall-

gemeinerbar und damit ebenso politisch.
Aus gemachten Erfahrungen nicht lernen zu können, gemachte Fehler immer wieder machen zu müssen, weil schlicht kein Forum besteht, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können, nicht mehr über das Ob, sondern nur noch das Wie einer Kampagne diskutieren zu können: das ist ein- oder zweimal persönlich zumutbar. Danach helfen auch die Schilderungen des Feindes in den wildesten Farben nicht mehr.
Zudem ist diese Politik vollkommen ungeeignet, das gesellschaftliche Objektverhältnis der einzelnen aufzuheben; im Gegenteil, sie verstärkt sie noch: da die Politik nicht aus selbstbestimmten Ansatzpunkten entwickelt wird, sondern sich lediglich der Strategie des Feindes entgegengestemmt wird, werden wir selbst in unserer Politik noch Opfer ihrer Pläne und zeitlichen Vorgaben. Auch ein Fisch, der an der Angel zappelt und sich wehrt, ist Objekt des Anglers.
Auch sind wir nicht mehr bereit, politische Fehler durch subjektiv erhöhten Einsatz auszugleichen. Wenn es politisch nicht erwünscht wird, wie jetzt vom autonomen Teil der Anti-Olympia-Kampagne, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, so daß wirklich Zehntausende auf den Beinen sind, gehen wir nicht trotz Bauchschmerzen zur Demo, nur damit es nicht so kläglich aussieht. Das führt nur zur Bestätigung der These, daß es ausreiche, in der Szene zu mobilisieren.
Politisch scheint uns die Praxis mittlerweile nicht mehr nur unzureichend, sondern falsch bis kontraproduktiv. Als unzureichend würden wir beispielsweise eine radikale Praxis bezeichenen, die sich lediglich auf einen Teilbereich (Internationalismus, Knast etc.) erstreckt, aber nicht oder kaum an einem gesamtrevolutionären Projekt arbeitet. Hier sagen auch wir: lieber eine solche Praxis als gar keine.
Eine Politik aber mit gesamtrevolutionärem Anspruch, die statt strategischer Diskussionen krampfhafte Suche nach Anlässen betreibt, die im Wunschdenken befangen ist und damit Illusionen produziert ("vielleicht klappt bei dieser Kampagne ja doch der Sprung zur Kontinuität"), die nicht zur Aneignung politischer Begrifflichkeiten, sondern zur politischen Unfähigkeit führt, kann langfristig nur nach hinten losgehen, selbst wenn z.B. Olympia gekippt werden kann. Wir stellen denn auch eine schädliche Dauerwirkung von Kampagnenpolitik fest: Es bleibt zwar eine Ahnung von der eigenen Hilflosigkeit, aber es fehlt jegliches Instrumentarium, diese zu erklären oder sich Politik überhaupt anders vorstellen zu können. "Wir machen jetzt mal eine Kampagne; wir wissen zwar, daß dies nicht das optimale ist, aber uns fällt nichts anderes ein" ist eine politische Bankrotterklärung.

VII. Wer den Feind nur in dessen Offensiven beachtet und angreift, programmiert die Niederlage vor. Das Ansetzen am stärksten Punkt führt nur höchst selten zu Erfolgen. Selbst wo diese erzielt wurden, stellen wir ein merkwürdiges Desinteresse an ihnen fest. Da der Feind ja immer irgendwo in der Offensive ist, wird der Erfolg kaum registriert geschweige denn genutzt, sondern sofort zum nächsten Punkt übergegangen. (Registriert werden lediglich militärische Erfolge wie 1.Mai 87, 89; diese werden zu Mythen). Eine solche Politik, die nie Fortschritte verzeichnen kann, muß zur Demoralisierung oder schlimmeren psychischen Störungen führen. Das Bild von der Allmacht des Feindes wird so bestärkt.
Eine politische Theorie, die den Feind nur im Moment dessen Angriffs wahrnimmt, kann nur ein unvollständiges Bild der Gesellschaft liefern. Da die militante Linke dieses Bild aber für vollständig hält, wird es falsch. Die These der Faschisierung hat hier ihren

Ursprung, und diese wiederum legitimiert im Nachhinein die ständige Konspirativität und führt damit zur weiteren Abschottung von der Realität. Ebenso legitimiert sie die Unterschätzung jeder anderen Aktionsform als der des direkten Angriffs. So werden ganze Themenbereiche, in denen erstmal kaum die Aussicht auf direkte Aktionen besteht, den ReformistInnen überlassen (z.B. Gesundheit, Arbeits-, Schul- und Unikämpfe). Folge davon wiederum ist eine Politik an den eigenen Bedürfnissen vorbei, da nicht dort angesetzt wird, sondern an den Punkten, an denen gerade ein militanter Angriff möglich erscheint. Unter anderem damit ist auch das geringe Interesse an Erfolgen in den laufenden Kampagnen zu erklären.

VIII. Zudem ist die autonome Kampagnenpolitik eine des faktischen Reformismus.

Seit dem letzten Höhepunkt der Anti-Akw-Bewegung war es nicht zu übersehen: das autonome Konzept, in Teilbereichsbewegungen durch militantes Eingreifen zu intervenieren, sie vom riot zur Revolution und vom Ein-Punkt-Aufstand zum Aufstand gegen das ganze "System" zu führen, war gescheitert. Stattdessen waren die Autonomen zum bewaffneten Arm der Grünen geworden.
Während die Autonomen trotz oder gerade wegen (denn dann fiel der Anlaß weg, das Bewegungsloch trat ein) der auch durch ihren Einsatz erkämpften Teilerfolge aus den Kämpfen desolater hervorkamen als sie in diese hineingegangen waren, kletterten die Grünen in den Prozentpunkten nach oben und wurden von der Ein-Punkt-Partei zur gesamtgesellschaftlich handelnden Kraft. Die Autonomen sorgten für Schlagzeilen, für politischen Druck, während die Grünen politisch konkrete Konzepte vorzuweisen hatten und es verstanden, die an den Kämpfen Beteiligten in längerfristige politische Arbeit einzubinden.
Historisch betrachtet ist dies ja keine neue Konstellation: Immer wieder hat es Massenbewegungen gegeben, die von Führern/anderen gesellschaftlichen Kräften für deren Ziele benutzt wurden. Dies war Folge davon, daß die Massenbewegungen aufgrund ihrer Klassenlage keine eigenen politischen Konzepte entwickeln konnten.
Neu ist bloß, daß die Autonomen diese immer wieder aus der Not geborene Situation als politisches Rezept zu verkaufen versuchen und somit freiwillig die Masse stellen, auf deren Rücken Geschichte gemacht wird. Und dies, obwohl sie aufgrund ihrer materiellen Situation durchaus in der Lage gewesen wären, eigene Konzepte zu entwerfen.
Was sind in den Jahren nach 86 nicht für Verrenkungen unternommen worden, um den Ruf des de-facto-Reformismus-trotz-revolutionärer-Verpackung zu entfliehen:

- der Themenbereich "Ökologie" wurde aufgegeben, da die ReformistInnen hier am durchorganisiertesten waren
- andere Themenbereiche wurden verstärkt aufgegriffen: Flüchtlinge, Umstrukturierung etc., da man/frau hoffte, daß die ReformistInnen hier nicht das Feld besetzen könnten
- Abgrenzungswut gegenüber einzelnen Analysen der ReformistInnen und Entgegenhalten vermeintlich radikalerer, weil den Feind für schlimmer erklärender Thesen. So halten wir die ökonomistisch-machtstrategisch analysierende Golfkriegsparole "Kein Blut für Öl" für realistischer als den Versuch, den Golfkrieg als "Vernichtungskrieg gegen die arabische Bevölkerung" zu interpretieren. Der Versuch, sich von den ReformistInnen statt in der gesellschaftlichen Perspektive in der Analyse einzelner Planungen des Feindes abzugrenzen, führte zur Verschwörungstheorie, die sich durch nichts belegen ließ.

-die Ablehnung, überhaupt noch konkrete Forderungen zu stellen ("Wir sind einfach nur da")
-das Ablehnen jeglicher Bündnisse mit ReformistInnen bzw. mit allen, die nicht zur militanten Linken gehören.
Das Ergebnis ist gleich null.
Entweder man übte sich in praktischem Existenzialismus und konnte jenseits des unmittelbaren Angriffsziels einer Randale kein politisches Ziel mehr benennen (s. 1. Mai), was letzten Endes den Verlust der politischen Ebene überhaupt bedeutet. Oder man/frau mußte die Erfahrung machen, daß Reformismus keine Frage des Themas ist und jedes Thema letzten Endes reformistisch zu besetzen ist. Folge war dann doch wieder die alte Arbeitsteilung, wie sie schon jetzt in der Olympia-Kampagne präsent ist: die Autonomen machen den Putz auf der Straße und allenfalls noch eine Veranstaltung im "Ex" für die, die eh schon Bescheid wissen, die AL/Bund Naturschutz etc. machen öffentliche Diskussionen, Pressearbeit usw. und interpretieren damit auch die Aktionen der Autonomen gegenüber der Presse ("Polizei wollte Ausschreitungen herbeireden").
Nachdem die ausdrückliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit ReformistInnen in der IWF-Kampagne 88 ebenso gescheitert war wie die intensive Bündnispolitik bis 86, existiert jetzt überhaupt keine Linie mehr: jede Gruppe betreibt Bündnispolitik nach ihrem eigenen Gutdünken und mit einer gewissen Beliebigkeit. Das Ergebnis der Olympia-Kampagne wird sein: Die AL wird gestärkt aus der Konfrontation hervorgehen, die sie braucht, um ihren zwangsläufigen Image- und Profilverlust durch die Koalition wieder wettzumachen. Die Autonomen werden am Ende wieder ratlos auf den nächsten Anlaß zu militantem Vorgehen warten, allenfalls werden sie die personellen Verluste ausglichen haben, die sie ihre Politik immer wieder kostet. D.h. die AL geht auf jeden Fall politisch gestärkt aus der Kampagne hervor, die Autonomen nicht einmal dann, wenn sie ihr unmittelbares politisches Ziel, die Olympia-Verhinderung, durchsetzen sollten.

IX. Die kurzatmige Kampagnenpolitik ist Folge der Weigerung, die Organisationsdebatte zu führen. "In ihrer Plan- und deswegen Perspektivlosigkeit verstellt uns die 'Szene' als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun). Meine These ist deswegen, daß es gerade in Bewegungstiefs gerade für uns RevolutionärInnen notwendig ist, über so ein abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden" ("Thesen zum Kulturbegriff", interim 155/1).
Auch dem Reformismus-Problem ist nicht anders beizukommen. Eine revolutionäre Bewegung kann sich nicht in der Form von Bürgerinitiativen (zumal meist klandestinen) organisieren, oder sie wird deren Ergebnisse erzielen: einzelne Projekte zu verhindern, um damit den gesellschaftlichen Normalzustand zu sichern und zu festigen.
Die politische Seismographenfunktion, die die Protestbewegungen für das System der BRD mittlerweile haben, haben auch die Autonomen. Ebenso wie diese zeigen sie gesellschaftliche Konfikte frühzeitig an, erlauben somit eine rechtzeitige Korrektur der herrschenden Linie, ohne den Konflikt bzw. das entstandene Konfliktpotential organisatorisch weiter anbinden zu können. Wenn sich reformistische Konzepte durchsetzen ist dies meistens auch eine Folge politischer Schwäche und Unfähigkeit der revolutionären Linken. Es ist keine Lösung, keine konkreten

Forderungen mehr aufzustellen. Das ist Luxus für diejenigen, die Erfolge wie das Erkämpfen von weniger Miete, kein Olympia, Bleiberecht für Flüchtlinge nicht notwendig haben. Entscheidend ist, wer aus konkreten Kämpfen gestärkt hervorgeht. Dies kann jegliche politische Formation nur, wenn sie gesamtgesellschaftliche Konzepte vorlegen kann, wenn sie in den Kämpfen beteiligte Menschen für längerfristige Arbeit gewinnen kann.
Die Kampagne wird trotz unserer Kritik stattfinden. Das ist der Konservatismus der Linken: in schlechten Zeiten, in denen sich um uns herum alles verändert, sich umso verzweifelter an das Alte zu klammern. Mindestens langfristig wird dies zum Scheitern verurteilt sein. Eine Gruppe, die sich den historischen Veränderungen nicht stellt, wird, wenn überhaupt, nur als Sekte ohne politische Relevanz weiterexistieren.

"Mit dieser Reihe von Phänomenen ist eine der wichtigsten, die politische Partei betreffenden Fragen verknüpft; nämlich, ob die Partei fähig ist, gegen die Macht der Gewohnheit und gegen die Tendenz zu reagieren, zu mumifizieren und anachronistisch zu werden. Die Parteien entstehen und konstituieren sich zu Organisationen, um die Situation in geschichtlich lebenswichtigen Momenten für ihre Klassen zu meistern; aber nicht immer verstehen sie sich, den neuen Aufgaben und den neuen Epochen anzupassen, nicht immer verstehen sie sich zu entwickeln gemäß den komplexen Kräfteverhältnissen (und den entsprechenden Positionen ihrer Klassen) in einem bestimmten Land oder auf internationaler Ebene. In der Analyse dieser Entwicklung der Parteien muß man unterscheiden: die gesellschaftliche Klasse; die Masse der Partei; die Bürokratie und den Generalstab der Partei. Die Bürokratie ist die gefährlichste gewohnheitsmäßig konservative Macht; wenn sie schließlich ein solidarisches, für sich bestehendes, sich unabhängig von der Masse fühlendes Korps bildet, wird die Partei anachronistisch und in den Augenblicken akuter Krise wird sie ihren gesellschaftlichen Inhalts entleert und bleibt in der Luft schweben."
(Antonio Gramsci)

Heinz Schenk

Grenze wird dichter

BGS schickt mehr Personal gegen Flüchtlinge

Berlin (afp/dpa) — Das Bundesinnenministerium hat zwei zusätzliche Abteilungen des Bundesgrenzschutzes (BGS) an die Grenzen zu Polen und zur CSFR verlegt. Das gab das Grenzschutzkommando Ost in Berlin bekannt. Die mit Hubschraubern ausgerüsteten Abteilungen sollen vor allem illegale Einwanderer an der „grünen Grenze" abfangen. Allein in der vergangenen Woche hat der BGS über 500 Menschen aufgegriffen. 1.383 waren es im Juli, 79 vorletzte Nacht. Die Bilanz für 1991 gibt Ortwin Popp, Leiter des Grenzschutzamtes Frankfurt/Oder, mit bisher mehr als 3.100 Personen an, meist Rumänen und Bulgaren. Die Höhe der Dunkelziffer lasse sich nicht berechnen *[is' ja'n Ding! d. K.]*, sagt der BGS-Chef, der für die 431 Kilometer lange Grenze verantwortlich ist. Bevorzugter Übergang für die Flüchtlinge ist die Neiße.

TürkInnen nach Polen abgeschoben

Dresden (taz) — Bundesgrenzschutz und Polizei haben am vergangenen Mittwoch in Görlitz 103 illegal nach Deutschland eingereiste TürkInnen nach Polen abgeschoben. Sie wurden aufgefordert, einen Zug zu besteigen. Als sich gegen die Abschiebung mehrere Flüchtlinge wehrten, setzte die Polizei Schlagstöcke ein. Wie der Leiter der Grenzschutzstelle Frankfurt/Oder der taz erklärte, seien die Flüchtlinge über die Sowjetunion nach Polen gekommen, um weiter nach Deutschland zu kommen. Durch den verstärkten Einsatz des Bundesgrenzschutzes sei ein „anfänglicher Verdrängungseffekt" erzielt worden. Inzwischen kommen wieder täglich zwischen 30 und 70 Flüchtlinge über die deutsch-polnische Grenze.

PROJEKT WANDZEITUNG

Mit dem Beitritt der " fünf neuen Bundesländer" wurden die Menschen der DDR plötzlich, von einem Tag zum anderen einer ihnen bis dahin völlig unbekannten Realität ausgesetzt, einer Realität, die in der BRD schon lange geübter Alltag ist.

Die heutige gesellschaftliche Situation ist davon geprägt, daß einerseits die gesamte Ökonomie eines ehemals souveränen Staates total umstrukturiert und die Sozialstruktur dieses Landes völlig zerschlagen wird, während andererseits die antikommunistische Hetze auf Hochtouren läuft und Mord und Terror bereits den Alltag vieler Menschen bestimmen.

Die radikale Linke ist gefordert, diese Situation in ihre strategischen Überlegungen einzubeziehen: Während sie alldenjenigen, die die beschriebene Entwicklung betreiben oder beschleunigen bzw. eine bestimmte Funktion in diesem Sinne wahrnehmen, militant entgegentreten muß, kann sie nur an Stärke gewinnen, wenn sie gleichzeitig in der Vermittlung ihrer Inhalte klarer und transparenter wird und versucht, dem "Ende der Geschichte" eine lebenswerte Alternative gegenüberzustellen.

Als eine Initiative, die in diese Richtung gehen soll, haben wir- einige Menschen aus Friedrichshain- die Idee einer stadtweiten Wandzeitung entwickelt.

1. REDAKTIONELLE KONZEPTION

Die Zeitung ist offen für alle Gruppen, die dieses Medium nutzen wollen, um linksradikale Politik nach außen zu vermitteln.

Militante Aktionen, die integraler Bestandteil linksradikaler Politik sind, sollen aus diesem Grund ihren Niederschlag in der Zeitung finden.

Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang darauf zu achten, daß einzelne Beiträge nicht unvermittelt nebeneinander stehen, sondern jeweils in die gesamtgesellschaftliche Situation eingeordnet und als Teil dieser vermittelt werden. Die Redaktionstreffen sollen aus diesem Grund dazu dienen, über den jeweils vorliegenden Entwurf für die kommende Zeitung zu diskutieren; zum einen um unsere eigenen inhaltlichen Defizite aufzuarbeiten, zum anderen weil wir uns eine solche Diskussion auch als Bestandteil von Vernetzung und Organisierung verschiedener Initiativen- Gruppen vorstellen können.

Kritik an den Beiträgen soll aber auch in der Zeitung selbst geübt werden: die Wandzeitung als Kommunikationsmittel.

2. SPRACHLICHE GESTALTUNG

Da die Zeitung möglichst viele Menschen ansprechen soll, wollen wir uns um einen allgemein verständlichen Stil bemühen, ohne jedoch vielschichtige und komplizierte Zusammenhänge platt darzustellen bzw. unzulässig zu verkürzen. Wir sollten nach dem Motto verfahren, möglichst viel zu erklären und möglichst wenig an Hintergrundinformationen vorauszusetzen.

3. TECHNIX

Die Zeitung muß, soll sie ihren Zweck erfüllen, möglichst gut sichtbar an belebten Orten geklebt und ggf., d.h. bei Beschädigung, regelmäßig erneuert werden.

Ziel der Zeitung ist es, Menschen anzusprechen, zu informieren und darüber für linksradikale Inhalte zu interessieren- sie jedoch gleichzeitig nicht mit ihrem Interesse alleine zu lassen.

Statt diese Menschen an die Szene-Infrastruktur (Infoläden) zu verweisen, müssen wir Diskussionsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Zeitung an öffentlichen Orten, die nicht in erster Linie mit der Szene in Verbindung gebracht werden (Berührungsängste!), anbieten.

Das erste Redaktionsplenum findet am Dienstag, den 1.Okt.91 um 20.00 Uhr in der Volxküche E. Piaf, Niederbarnimstr. 23, Hinterhaus, in Friedrichshain, statt.

Die vorliegende Darstellung der Konzeption sowie die beiliegende Nullnummer zur ökonomischen Situation der DDR werden Grundlage der Diskussion sein.

Kurzbericht vom Spiel St-Pauli vs. Hertha BSC

Los gings fuer uns am U-Bhf.-Zoo , wo wir in Richtung Kotti umsteigen wollten. Nachdem wir dort die ersten HamburgerInnen getroffen hatten und schon ein deutlich sichtbares Grüppchen geworden waren, wurde uns sofort Personenschutz durch einen Zug Berliner Bullen gewährt, die wir nicht davon abhalten konnten, uns die ganze Strecke in der U-Bahn bis zum Kotti zu begleiten, wo sie, angesichts ihrer dort schon zahlreich aufgelaufenen KollegInnen, wieder kehrt machten. Überhaupt war die Bullen-(und BVG-Mietbullen!) -präsenz ziemlich krass: alle Umsteigebahnhöfe der Linie 1, der Kotti und die Umgebung des Stadions waren massiv besetzt. Ich geh sonst kaum zum Fußball, glaube aber nicht, daß das normal ist. Die HamburgerInnen waren auch etwas überrascht, aber sehr fit im Bullen verarschen. Am Kotti waren wir dann um ca.14.20 250 Leutchen, die "Szene" war weitestgehend zuhause geblieben - schade, wo doch Pauli die einzige Stelle ist, wo die Linke nen Fuß ins Stadion kriegt, und auch wenn dort nicht mehr Hauptrekrutierungsort der Faschos ist,(wo ich mir auch gar nicht so sicher wäre...) so ist doch Fußball etwas, wo wir die Möglichkeit hätten, mal aus unserem Ghetto auszubrechen, und in eine Subkultur einzudringen, von deren Dimensionen wir offensichtlich keinen blassen Schimmer haben, sonst würden wir das alles ernster nehmen. Im Stadion war dann ein Block auf dem Unterring ziemlich voll, hälfte Hamburger Fans, hälfte Berliner und Hamburger Punx, Autonome . Über das Spiel breiten wir mal den Mantel des Schweigens, interessierte seien auf den Sportteil verwiesen. Bemerkenswert noch ein paar Pauli-Sprechchöre: "Wir sind FANS - und keine HOOLIGANS!" oder "Schiri, fahr Bus und Bahn, wir wissen, wo dein Auto steht, Schiri,fahr Bus und Bahn ..." Wenn aus der Hertha-Kurve mal wieder ein "Arbeitslose" kam, wurde dies nicht nur von "uns", sondern grade von den "Fans" sofort mit einem hämischen "Steuerzahler!!!" bedacht. Auch die "St.-Pauli-gegen Rechts" Aufnäher und "Zecken on Tour" - T-Shirts sind durchaus keine Sache linker Pauli-Unterstützer, sondern echt ein Teil der Fankultur. Diese Fangemeinde hat auf jeden Fall mehr linkes Bewußtsein als die von Berliner Autonomen ständig zum revolutionären Subjekt par excellance hochstilisierten multinationalen Streetgangs.
Bei den Herthanern war relativ wenig los; ein paar Faschoskingangs und "Ich bin stolz ..."- Aufnäher hab ich gesehen, aber lange nicht soviele, wie noch z.B. noch vor nem Jahr. Vielleicht haben die Faschos sich aber auch mehr aufs optisch unauffälligere Hooliganoutfit verlegt, denn akustisch waren sie sehr wohl auszumachen: Sieg Heil, Rotfront verrecke, Wir sind deutsch und A-sy-lan-ten! - Rufe kamen doch häufig aus dem Fanblock. Aber auch das war schon mal schlimmer.
Die Bullen hatten auch das Stadion zugeschissen, griffen aber auch dann nicht ein, als eine Leuchtkugel und Böller aus der Herthakurve kamen (und dort auch wieder landeten - Eigentor). Dafür riegelten sie in der Halbzeit unseren Block "zu unserem Schutz" völlig ab. Ein Hoolangriff war kurz vorher gescheitert. Der Abmarsch vollzog sich dann für die St-Paulis hinter Bullenketten. Wir liefen richtung Westend (leider nicht so geschlossen, wie es möglich und nötig gewesen wäre), als Hools aus einem Park heraus ca. 100m hinter unserer Zugspitze die Bullen angriffen. Bullen und Zivis rannten hin und schlugen zu, als eine zweite Hoolgruppe wieder vorne am Zug angriff; es flogen ein, zwei Steine, aber dann waren die Bullen wieder da und schluge die zum Teil 16-jährigen Hools finster zusammen. Ich habe nicht mitbekommen, daß irgendwer von uns sich aktiv wehrte, wir waren nicht strukturiert oder organisiert, geschweige denn ausgerüstet für eine solche Konfrontation. Wir waren völlig unter Bullenkontrolle und initiativlos. So beschränkte sich einige Berliner beschämenderweise darauf, die Bulle beim verprügeln von Hools ANZUFEUERN !!! Auch wenn Bullen "zufällig" mal Faschos, Hools oder ähnliches Volk verdreschen ist das staatliches Kalkül und hat <u>nix</u> mit Antifaschismus zu tun und ist keinesfalls mit Beifall zu begleiten! In solchen Situationen einen "pädagogischen" Dialog mit

den Bullen zu beginnen, und ihnen erklären zu wollen, daß sie jetzt "die richtigen" und sonst "die falschen" prügeln, ist zwar psychologisch verständlich, politisch aber eine - reformistische - Sackgasse und einfach falsch. Am U-Bahnhof angekommen warteten wir auf nen Zug, aber der erste, der kam, war knallvoll mit Herthanern, und tatsächlich sprangenne Handvoll Hools (visueller Eindruck: keine Faschos) auf den mit St-PaulianerInnen und Bullen ebenso überfüllten Bahnsteig und fingen ne Prügelei an! Die Bullen kassierten sie. Dann bekamen wir nen Sonderzug, dessen Türen von je einem Bullen bewacht wurden, der uns unter Ausschluß der Öffentlichkeit bis zum Nolli fuhr. Ende der Fahnenstange. Das war so mein Eindruck, ich hab sicher nich alles mitgekriegt und sicher sehr subjektiv geschrieben, wers anders sieht, schreibt einfach auch was, wa.

Fürs näxte mal wär gut, wenn einfach viel mehr Leute kommen, die sich vorher vielleicht mal kurz absprechen, z.B. mit ner VV im Mehringhof oder so. Welche Fußball partout scheiße finden, könnten wenigstens nach dem Spiel organisiert und für den Ernstfall gewappnet die Leute aus dem Stadion abholen. In der Umgebung des Stadions könnte auch mal gesprüht werden, sieht furchtbar aus da.

In diesem Zusammenhang würde ich die Interim auch bitten, mal transparent zu machen, warum die Mobilisierungsflugis zum Spiel nicht veröffentlicht wurden, obwohl in der letzten Interim noch 12 Seiten Platz (beim von euch gesetzten 40-Seiten-Maximum) gewesen wären. Überhaupt verstehe ich nicht, warum ihr Papiere, die euch zugeschickt werden, aus anderen als Platzgründen nicht reinnehmt. Es sei denn, sie sind soweit vom autonomen Minimalkonsens entfernt, daß sie als Diskussionsgrundlage nix taugen bzw. Stalinismus oder Sexismus (als Beispiele) verherrlichen. Ich zitiere aus INTERIM No.1, 1.5.88 :

"Ihre (der linken Medien) Inhalte sind nicht diktiert, sondern das Produkt eines politischen Prozeßes und gleichzeitig ihr Spiegel. Ihre Inhalte sind nicht diktiert, sondern krisstallisieren sich aus der politischen Realität heraus. (...) Wir schreiben keine Artikel, das Layout geht uns einen Scheißdreck an, und die Inhalte wollen wir schon gar nicht bestimmen. (...) Um uns den Streß der "richtigen Linie" zu ersparen ... haben wir uns entschieden, alle Artikel abzudrucken, solange sie nicht sexistisch , faschistisch oder rassistisch sind.

GenossInnen, diesem Anspruch werdet ihr nicht mehr gerecht.

Der nicht an die Leser (=Schreiber) vermittelte Nichtabdruck von Texten ohne offensichtliche Gründe (Platzmangel,s.o.) , das laxe umgehen mit immer häufiger geäußerter Kritik und das völlige schweigen über eure Vorstellung von eurer/unserer Zeitung legen die Vermutung nahe, daß sich die vielbejammerte Krise der"Linken" sich auch bei euch niederschlägt . Anders kann ich mir nicht eure ständige Unzufriedenheit über eingesandtes Material (Nichtabdruck,div.Vorworte) und den m.E. ebenso ständigen Ärger bei einigen (mehreren? vielen?) über euer undurchsichtiges redaktionelles Vorgehen nicht erklären, Letztens z.B. die Geschichte mit dem Böhse-Onkelz-Konzert, von der ich nur weiß, daß sich in der BZ eine erregte Dikussion daran anschloß. Vielleicht würden solche Diskussionen auch in der Interrim abgehen, wenn ihr etwas offener wärt.

Ich möchte euch auffordern, euch mal gut Zeit zu nehmen, und euer Verständnis von Zeitungsarbeit jetzt und hier genau zu diskutieren. Stellt nen Monat die Interrim ein, und überlegt euch, wie ihr euch eure Arbeit an diesem Projekt - Berliner Szenezeitung - weiter vorstellen könnt. Die Interrim ist für Berlin zu wichtig, als daß wir und ihr uns ständige Widersprüche und Ungenauigkeiten, die nicht für alle klar beseitigt werden können, leisten können.

In Erwartung eines transparenten, umfassenden Diskussionsprozesses

23.9.91 ein treuer Leser

P.S.: INTERRIM,lat., "inzwischen,einstweilen", das;-s,-s: 1.Zwischenzeit. 2.vorläufige Regelung, Übergangslösung(v. a. im polit. Bereich)

Zur Aktion bei einer Veranstaltung im Tacheles der "Olympia Werkstatt" am 22.9.91

Das Tacheles ist ein ehemals besetztes Haus, das heute von einer Firma gesponsert wird an der Daimler Benz 40% hat. Heute etabliert es sich als alternatives Kulturzentrum. Im Rahmen der "Olympia Werkstatt" lief im Tacheles eine Veranstaltung unter dem Namen "Trabeat" die in kultureller Form die "Mitgestaltung" der Olympischen Spiele darstellen sollte. Die "Olympia Werkstatt" hat die Aufgabe die Olympischen Spiele kulturell auch kritischen Leuten schmackhaft zu machen und während der Spiele den kulturellen Rahmen zu stellen. Dabei heißt Mitgestaltung für das Tacheles den Olympischen Spielen einen alternativen Touch zu geben. Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen Olympia haben wir also auch das Tacheles besucht. Mit ca 30 Leuten haben wir uns selbstbestimmt vom Eintritt (12,-/erm.10,-) befreit! Nach anfänglichen Rangeleien kam es doch noch zu einer längeren "Diskussion" zwischen uns, den Tacheles Leuten, der Performenc Gruppe und den BesucherInnen. Die Meinungen der Tacheles Leute selbst war dabei relativ differenziert. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit Olympia 2000 gab es aber von ihnen nicht. Das Publikum setzte sich vorangig aus Kulturjuppis zusammen. Nach ungefähr einer Stunde meinten mehrere BesucherInnen das es ja ganz nett gewesen wäre, daß wir sie auf die Probleme hingewiesen hätten, aber sie wollten jetzt doch lieber endlich die Performenc sehen. (Es wurde uns also mieses, unpolitisches Konsumverhalten entgegengebracht.) Das gesamte Diskussionsverhalten von den Tacheles Leuten sowie vom Publikum ging von einem seltsam naiven Kulturbegriff aus: Kultur losgelöst von jeglicher Politik. Doch wir haben die Schnauze gestrichen voll vom elendigen Rumgelaber und sich jeder eigenen Verantwortung entziehenden Menschen, noch dazu aus angeblich linken Kreisen.

Irgendwann ist Schluß.

N O L Y M P I C – C I T Y

V O L X S P O R T S T A T T O L Y M P I A !!!!!!!!!!!!!!

BIS DENNE
WIR KOMMEN WIEDER

Jim Meneses

trabeat

MUSIK-PERFORMANCE TRABANT ENSEMBLE



So. 22. 9. 91
20.30 Uhr
Kunsthaus Tacheles
Camerasaal

Trabant Ensemble
Jim Meneses
Rudolph Moser
Marie Goyette
Gala Hummel

WERKSTATT Olympia

Trabeat

Versunkene Kulturen hinterlassen Mythen und Spuren. Neben sportlichen Höchstleistungen ist der Trabant (auch Trabi oder Traber) das markanteste Produkt der ehemaligen DDR.
Zweitakt oder Viertakt? Die Frage wurde von den Konstrukteuren offensichtlich nicht nach musikalischen Gesichtspunkten entschieden, denn herausgekommen ist ein kleiner Stinker.
Die Frage nun, wie klingt er?
Mit Forscherdrang und Hingabe geht das Trabant Ensemble dieser Frage nach, zerlegt das Metall-Plaste-Konglomerat in seine Einzelteile, prüft das Material nach akustischen Kriterien, um schließlich den orchestralen Trabeat auf originären Melodie- und Rhythmusinstrumenten zu entwickeln.
Wenig liebevoller Umgang mit Blechkarossen ist hinlänglich bekannt: sie werden in die Erde versenkt, einbetoniert oder schlichtweg plattgehämmert.
Jim Meneses, Initiator und Sprecher des Ensembles:
"Wir haben den Trabi als Thema und Ausgangsmaterial für den Bau von Instrumenten, für Geräuscherzeugung und für Tanzmusik gewählt.
Der Trabi besticht durch ein einfaches aber klassisches Design, wir betrachten ihn als ein Folkloreinstrument, das wiederum unsere Musik beeinflußt.
Unsere Trabant-Instrumente sind sowohl elektrisch und akustisch wie die Tramonica, das Trabble und der Trabinator, abur wir verwenden auch authentische Geräusche, die wir auf dem Trampler gespeichert haben."

Das Trabant Ensemble:
Marie Goyette
Gala Hummel
Jim Meneses
Rudolph Moser

Die Instrumente:
Trabant
Tramonica
Trabanto Grande
Trabanto Piccolo
Trabeaters
Tabinator
Stasinator
Trabble
Trampler
The Horns of Trabico

Sonntag 22. September 1991
20.30 Uhr
Eintritt 12.-/10,-
Kunsthaus Tacheles/Camerasaal, Oranienburgerstr. 52-56, 1040 Berlin
U-Bahn Oranienburger Tor, S-Bahn Friedrichstraße
Infos Tel. 259 00 44 6

WERKSTATT Olympia

Wir haben am Mi. den 18.9.; dem Tag der Anti Olympia Fahrrad Demo in Berlin Mitte bei ca. 20 Luxuslimousinen vor diversen Nobelhotels... im Schnitt jeweils 2 Reifen zerstochen. Überwiegend Daimler, 1 Jaguar, 1x Magistrat Potsdam, 1x Landratsamt Potsdam, 1x Bonn !
Uns ist klar, das die Schweine den entstandenen Schaden aus ihrer Portokasse bezahlen können.
Wir sehen in unserer "symbolischen Aktion" – eine, wenn auch nur winzige Antwort auf ihre Angriffe auf die Fahrraddemo ; Ventile klauen, Fahrräder zerstören, Menschen zusammenschlagen & einknasten!!!!

NOlympic City Kommando Goodyear

AUFRUF zur Aktion!

am 29.9. findet der **BERLIN MARATHON** statt – einer der weltweit am wichtigsten genommenen Stadtmarathons, an welchem über **20.000** LäuferInnen teilnehmen (das könnte die bisher größte Demo gegen Olympia werden...), jede Menge **internationale Presse**, **Fernsehen** u.s.w. dabei ist.

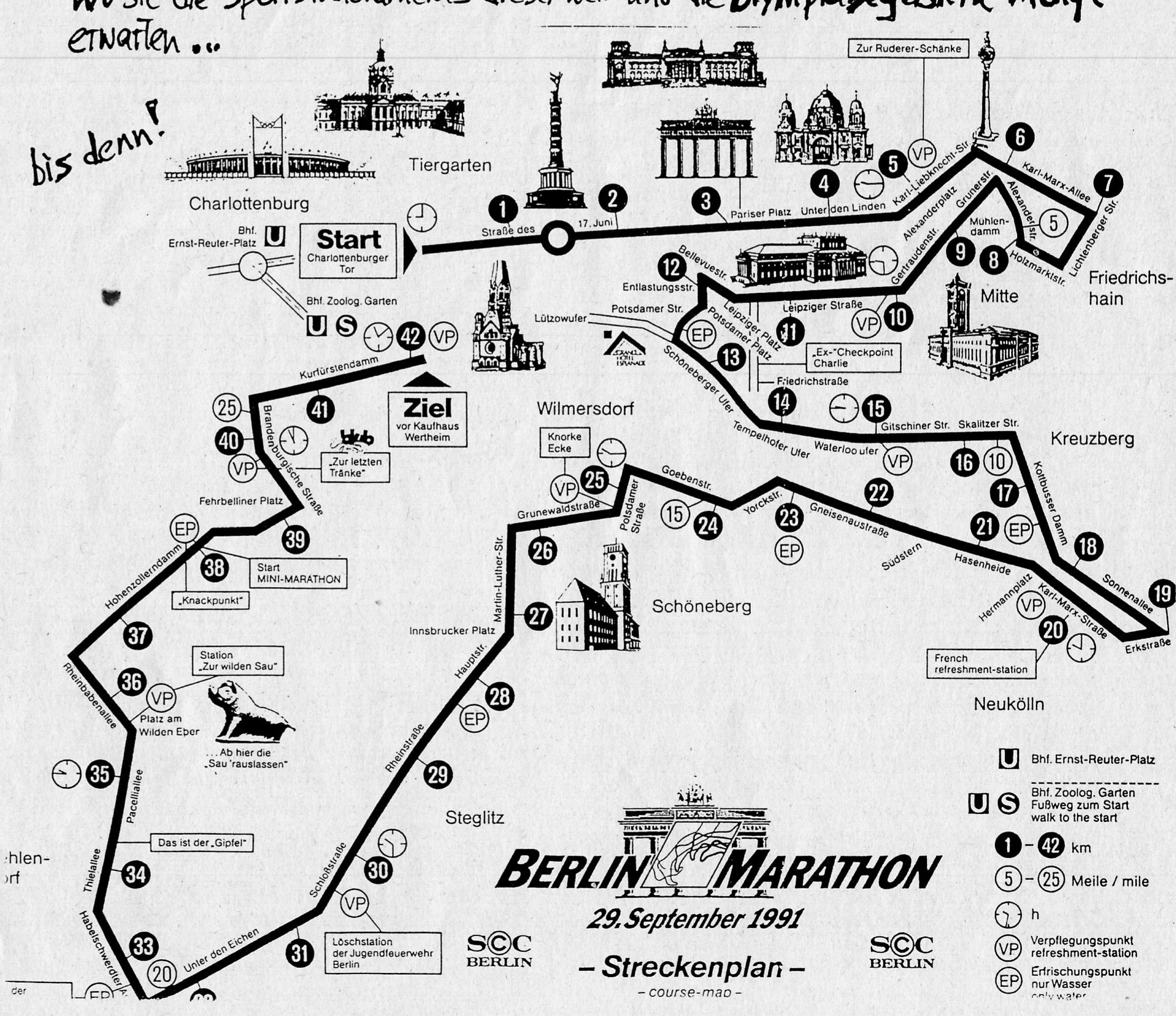
Nutzen wir die Gelegenheit unseren Widerstand **gegen Olympia** aller **Welt kundzutun** und das **verzerrte Bild** dieser Stadt von **Wohlstand** und **Einigkeit, Sport** und **Fairneß** ein bißchen **geradezurücken**...

Hängt Transpis 'raus, besprüht die straßen, lauft ein stückchen mit oder **laßt euch sonstwas einfallen!**

über sport läßt sich streiten, es kann aber wohl nicht unser interesse sein die läuferInnen zu behindern – unser protest richtet sich **nicht gegen**, höchstens **an** sie.

Steht früh auf, **start** ist um 9⁰⁰ **und** die ersten sind schon kurz nach elf im ziel, wo sie die sportstudiokameras dieser welt und die **olympiabegeisterte Menge** erwarten...

bis denn!





12. August 1991

Ein Jahr nach den Gefangenenrevolten erstellten Gefangene in Stuttgart-Stammheim das hier dokumentierte Forderungspapier. Das im Sommer 1991 entstandene Papier ist das Ergebnis einer in vier Sprachen geführten Diskussion, die im Knast über Gebäude- und Stockwerksgrenzen hinweg stattfand.

Die Diskussion, die schließlich zu dem Forderungspapier führte, begann zwischen einer Hand voll Gefangener, weitete sich aber schnell aus. Dabei stellte sich heraus, daß einige Gefangene bereits konkrete Vorstellungen hatten, was im Knast alles anders zu sein hat. Sie waren sich auch klar darüber, daß Knast keinen bessert!

Anfänglich diskutierten die Gefangenen – anhand des im Oktober 1990 im Butzbacher Knast entstandenen Diskussionspapiers – den Verlauf der Gefangenenrevolten im letzten Jahr. Es zeigte sich, daß die meisten der an der Diskussion beteiligten Gefangenen fast nichts darüber wußten, da sie damals noch draußen waren und sich – wie so oft – nicht um die entsprechenden Meldungen gekümmert haben. So war zuerst einmal Literaturstudium angesagt.

»Dann kamen wir auf den Punkt. Ändern können wir diese zerstörerischen Praktiken nur, wenn wir es selbst aufgreifen. Wenn wir heute anfangen, den Widerstand dagegen zu entwickeln.«

Daß einige der Beteiligten mehrsprachig waren, stellte sich rasch als äußerst wichtig heraus. Damit gelang es, auch Gefangene die praktisch kein Deutsch sprachen, in die Diskussion einzubeziehen, »denn es geht ja darum, daß alle daran beteiligt sind, die das wollen. Dabei stellte sich heraus, daß bei diesen Gefangengehaltenen eine viel größere Bereitschaft wie unter uns Deutschen da war, gemeinsam was zu machen. Nicht ein einziger von ihnen hatte etwas dagegen einzuwenden, gemeinsam etwas auf die Füße zu stellen.«

Schließlich wurde versucht die Diskussion auf die bislang nicht daran beteiligten Gefangengehaltenen auszuweiten. Überall wo Gefangene zusammenkommen, wurde diskutiert, wurden Überlegungen ausgetauscht. Selbst für den Kontakt mit der Frauenabteilung im siebten Stock wurden Wege gefunden. Die Ergebnisse der Gespräche wurden schriftlich zusammengetragen, verteilt und erneut diskutiert.

Zu dieser Zeit war bereits klar, daß das entstehende Forderungspapier keinesfalls für SozialarbeiterInnen und ähnliche Funktionsträger bestimmt sein würde. In erster Linie sollte es der Verständigung unter den Gefangenen und als Grundlage gemeinsamen Handelns dienen. So wurde das Papier wieder und wieder abgetippt, weitergegeben und »gependelt« und fand damit seinen Weg in die unterschiedlichsten Abteilungen des Stammheimer Knasts. Um die mögliche Beteiligung aller Gefangengehaltenen an der Diskussion sicherzustellen, zirkulierte eine italienische, jugoslawische und türkische Version des Papiers:

⋆ Schließung eines Teils der Ausbeutungsbetriebe und die Umwandlung der Räumlichkeiten in Gruppenräume, in denen wir uns tagsüber stockwerkweise aufhalten können! In diesem Raum muß es Zugang zu einer Rechtsbibliothek in mehreren Sprachen geben, damit wir uns angemessen auf unsere Verhandlungen vorbereiten können. Viele von uns sind hier mit einem fremden Rechtssystem konfrontiert. Darüberhinaus kann es nicht sein, daß wir als Untersuchungsgefangene 23 Stunden Isolation ertragen müssen! Welche psychischen und physischen Auswirkungen das auf die Gefangengehaltenen hat wird auch dadurch deutlich, daß seit Mai 1989 sechs Mitgefangene tot sind und unzählige versucht haben den Terror zu beenden. Zuletzt haben wir mitgekriegt, daß eine mitgefangene Frau im siebten Stockwerk am 9. Juni 1991 versucht hat ihre Isolation zu beenden und in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli unser Mitgefangener Böckling im ersten Stock im Bau I tot aufgefunden wurde. Wir werden das so nicht länger mitmachen!

Wir fordern außerdem, daß die Arbeit, die verrichtet wird von denen die das wollen, so bezahlt wird, daß eine Umkehrung der bisherigen Praxis stattfindet. Nämlich: Höhere Löhne — und damit meinen wir nicht Tariflohn, sondern Bezahlung darüber hinaus, *wir wollen das Geld, das unsere Arbeit und unsere Zeit wert ist* — weniger Arbeit! Wir sind nicht auf die Welt gekommen, um unser Dasein als ArbeiterInnen zu fristen — rund um die Uhr, Tag für Tag — sondern um zu leben! Wir wollen die sofortige Aufnahme in die Renten-, Kranken- und Unfallversicherung! Wir wollen auch eine Verbesserung der Arbeitssituation und mitbestimmen welche Arbeit getan wird, weil wir keine Lust haben nur irgendwelche stupiden Arbeiten auszuführen oder den Konsumterror noch zu unterstützen!

Wir wollen hier und heute deutlich machen, daß wir es ablehnen, daß irgendwelche Gefangenen sich als Funktionsträger aufspielen. Wir lehnen die Überlegungen einer Gewerkschaft ab, weil das zur Folge hat, daß ein paar wenige Verbesserungen erfahren auf Kosten der anderen. Es ist auch so, daß dadurch nicht alle vertreten werden und

es somit an unseren Bedürfnissen vorbei geht. Denn wir wollen, daß alle — auch die, die nicht arbeiten gehen wollen und jene, die nicht können oder nicht dürfen — gleichberechtigt sind. Wir werden uns jeweils so organisieren, wie wir das für notwendig und richtig halten — das fördert auch die Solidarität und Freundschaft unter uns. Es bringt uns insgesamt ein Stück weit dahin, selbstbestimmt zu denken und zu handeln. Wir können unsere Bedürfnisse selbst zum Ausdruck bringen und bedürfen keiner »Politiker-Gefangenen«! Ab heute ist somit auch die »Gefangenenvertretung« durch den Gefangenenrat im Knast Stammheim abgesetzt! Bis heute habt ihr nichts für uns getan, habt euch brav in den Rahmen gepaßt, den sie euch vorgegeben haben und es genossen, daß wenigstens ihr für ein paar Stunden mehr aus den Löchern konntet. Diejenigen, die sich als »Gefangenenvertreter« begriffen hatten, hatten teilweise sogar die Frechheit zu sagen: »Das und jenes ist nicht unsere Aufgabe.« ... Ihr fandet es auch nicht mal für nötig, uns danach zu fragen, was wir in den zwei Stunden TV pro Woche sehen wollen.

⋆ Verlängerung der Besuchszeiten auf drei Stunden pro Woche! Entweder auf einmal (insbesondere für jene, die sehr weit zu fahren haben – und das sind nicht nur die BesucherInnen aus Italien, Jugoslawien, der Türkei usw., sondern auch jene, die über 150 km einfache Fahrtstrecke zurückzulegen haben – weil das bedeutet, daß sie dafür Urlaub nehmen müssen) oder auf zwei Mal aufteilbar. Sollten die Räumlichkeiten dafür nicht ausreichen, so kann durch Schließung weiterer Betriebe Platz geschaffen werden, da diese Bedürfnisse insbesondere in der U-Haft Vorrang haben! Gleichzeitig fordern wir, daß ab sofort auch an Wochenenden und Feiertagen Besuch stattfindet! Was sofort einen großen Spielraum gibt und keiner neuen Räumlichkeiten bedarf. Darüberhinaus können so auch Berufstätige Besuche machen, ohne Urlaub nehmen zu müssen. Wir als Untersuchungsgefangene haben schlimmere Regelungen zur Einschränkungen unserer Rechte, als jene, die schon durch die Klassenjustiz abgeurteilt sind. Das kann mitnichten der Fall sein.

⋆ Wir fordern, daß ab sofort ein Imam an den Freitagen die Vollzugsanstalt aufsuchen darf, um mit denen zu beten, die sich als Muslime begreifen! Die Argumentation, daß es aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist, lassen wir nicht gelten, da dies schlichtweg nicht zutrifft. Wir anderen Gefangenen, die wir keine Mohammedaner sind und anderen Glaubensgemeinschaften oder Religionen angehören, finden die Aussperrung eines Imam und somit die Verhinderung des gemeinsamen Gebets der Muslime rassistisch! An Sonntagen und Feiertagen sind wesentlich weniger Beamte im Dienst und es kann trotzdem ein evangelischer und katholischer Gottesdienst durchgeführt werden. Wir werden es nicht weiter zulassen, daß unsere Mitgefangenen, die einer anderen Religion angehören, benachteiligt werden.

⋆ Jede Woche pro Tag TV in englischer, italienischer, spanischer, jugoslawischer, türkischer und kurdischer sowie arabischer Sprache! Also abwechselnd pro Tag in einer dieser Sprachen ein Film, Nachrichten usw. Filme können problemlos durch die jeweiligen Kulturzentren beschafft werden. Darüberhinaus wird gefordert, daß die Abstimmung über das TV-Programm von allen Gefangenen durchgeführt wird.

⋆ Wir fordern, daß ab sofort auch in Baden-Württemberg Taschengeld für Untersuchungsgefangene, die mittellos sind oder auch draußen schon Sozialhilfe bezogen haben, eingeführt wird. Daß dieser Anspruch zusteht, wurde u.a. schon durch das Verwaltungsgericht Oldenburg unter dem Aktenzeichen A 4 34/89 entschieden. Zur Verdeutlichung dieser Forderung sei der Bericht in der Südwestpresse vom 5. April 1991 wiedergegeben: »Ein Untersuchungshäftling hat wie jeder Normalbürger das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Da die Justizverwaltung lediglich für Unterkunft und Verpflegung verpflichtet ist und es in der Haftvollzugsordnung für Untersuchungsgefangene keinen Paragraphen gibt, daß einem bedürftigen Häftling auch Taschengeld bezahlt werden muß, kann er dafür — so das Verwaltungsgericht Oldenburg — das Sozialamt zur Kasse bitten. Klage erhoben hatte ein Untersuchungshäftling, der auch schon zuvor von Sozialhilfe gelebt habe. Er sei arbeitsunfähig, benötige aber Taschengeld für Körperpflege, alkoholfreie Getränke, Tabakwaren und Zusatzporto, machte der Häftling geltend. Zu Recht, wie ihm die Verwaltungsrichter bestätigten. Da im Regelsatz eines Sozialhilfe beziehenden Haushaltsvorstands ein Taschengeldanspruch enthalten sei, könne diesen Anteil auch ein Untersuchungshäftling verlangen.«

In der hiesigen Anstalt wird darüberhinaus auch kein Haarshampoo ausgegeben, so daß auch dessen Beschaffung unerläßlich ist. Viele Mitgefangene müssen ihr Haar mit Seife waschen.

⋆ Wir fordern, daß die Höfe so belegt werden, daß sie den ganzen Tag ausgelastet sind! Es kann nicht sein, daß die Höfe die Hälfte der Zeit leerstehen und wir in den Löchern gefangengehalten werden. Auch kann nicht argumentiert werden, daß keine Beamten dafür da wären, denn erstens wird der Hofgang selbst lediglich durch einen Beamten überwacht und zweitens entsteht dadurch nicht mehr Personalaufwand, wenn zum Beispiel zwei Stunden Hof am Stück gemacht wird. Lediglich die einzelnen Hofzeiten der Stockwerke werden dadurch verändert. Der Osthof wird dazu überhaupt nicht benutzt. Zwar kann jetzt argumentiert werden, daß dort derzeit ein Gerüst steht, jedoch steht das nicht ewig und davor wurde er auch nur dann genutzt, wenn im Westhof (also im regulären Hof) irgendwelche Arbeiten an den Überwachungskameras durchgeführt wurden. Belegt wird damit, daß der Hof also dafür genutzt werden kann und keine Sicherheitsbedenken geltend gemacht werden können. Wir fordern auch, daß die Vorstellung bei der »Ärztin« oder dem Krankenrevier nicht mehr auf die Hofzeiten gelegt wird, weil wir die paar Minuten an der frischen Luft und Sonne notwendig brauchen!

⋆ Wir fordern, daß die Frauen im siebten Stockwerk ab sofort an den Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen können oder für sie extra Veranstaltungen gemacht werden. Sie sind zusätzlich benachteiligt, weil sie als Frauen hier gefangengehalten werden. Ihre Isolation ist weitaus

größer als die unsrige! Wir werden das nicht weiter hinnehmen!

⋆ Erhöhung des monatlichen Einkaufs um 100 Mark, da die Lebenshaltungskosten in den letzten zehn Jahren enorm gestiegen sind und der Satz von 250 Mark im Monat in diesem Zeitraum nicht ein einziges Mal angehoben wurde. Also pro Jahr zehn Mark! Das einzige was ständig erhöht wird, ist die Rücklage. Sie wurde innerhalb eines Jahres um rund 100 Mark angehoben, was mit einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten begründet wird. Darüberhinaus haben wir hier für bestimmte Artikel Phantasiepreise zu bezahlen. Wir fordern außerdem, daß verschiedene Kaufleute ein Angebot unterbreiten und wir bestimmen, welcher oder welche für den Zeitraum eines Jahres (weil dann überwiegend neue Gefangene da sind, die neu bestimmen werden) liefern darf. Es kann nicht sein, daß ein einziger das Monopol über Jahre hat (wie derzeit, die schon mindestens drei Jahre hier sind) und dadurch machen kann, was er will. Wir fordern, daß wir wöchentlich Obst und Gemüse einkaufen können! Das kann unproblematisch über Anträge geregelt werden, wie das in anderen Knästen auch gemacht wird oder gemacht worden ist.

⋆ Wir fordern die umfassende Versorgung von drogenabhängigen Gefangenen mit entzugs- und abhängigkeitsmildernden Medikamenten!

⋆ Wir fordern die sofortige Freilassung aller die Aids haben!

⋆ Wir fordern freie ärztliche Wahl! Die Praxis hat uns gezeigt, daß die KnastärztInnen erstens Teil des Knasts sind und daß sie zweitens in den meisten Fällen schlichtweg keine Ahnung haben!

⋆ Wir fordern, daß wir die Möglichkeit für Sport bekommen! In den Zellen ist es zu eng und bei der Hitze so kaum auszuhalten. Es kann nicht sein, daß nur ein paar wenige Tischtennis haben und sie als Vorzeigegefangene fungieren, denn neunzig Prozent werden nicht aus den Zellen gelassen. Wir fordern deshalb, daß stockwerkweise Gymnastik gemacht werden kann für die, die das wollen. Von 17 bis 18 Uhr mit anschließender Duschmöglichkeit. Auch die Benutzung des Kraftraums muß für die Gefangenen möglich sein.

⋆ Wir fordern die Erweiterung des Angebots an fremdsprachigen Büchern, insbesondere auch neuere Literatur! Darüberhinaus die Aufnahme von neuerer politischer Literatur. Die Beschaffung derselben ist kein Problem und mit keinerlei finanziellem Aufwand verbunden, da es viele Verlage gibt, die das gerne unterstützen. Auch wird gefordert, daß Gefangene ihre Privatbücher der Bibliothek überlassen können und ins Verzeichnis aufgenommen werden. Wir fordern auch, daß mindestens die doppelte Anzahl an Büchern pro Woche (derzeit drei) pro Mensch ausgegeben werden, da die bisherige Zahl viel zu wenig ist. Bei einem Bestand von über 20 000 Bänden stellt das keinerlei Problem dar!

⋆ Wir fordern, daß die Zellen auf den Stockwerken bis 22 Uhr offen sind und manfrau Umschluß machen kann wenn Lust dazu besteht!

⋆ Wir fordern die sofortige Abschaffung der Totalisolation! Egal von wem! Wir sind genügend isoliert in der Form wie wir jetzt schon gefangengehalten werden, so daß die Isolation mit Einzelhof, Trennscheibe usw. einem täglichen Mordversuch an der oder dem Betroffenen gleichkommt!

⋆ Wir fordern, daß alle die im vergangenen Jahr nach den Knastrevolten in der BRD zwangsverlegt wurden in die jeweiligen Knäste zurückverlegt werden, wenn sie das wollen! Unsere Forderung ist berechtigt, die Zwangsverlegungen waren und sind rechtswidrig! Wir werden keine Ruhe geben, bis unsere Forderung erfüllt wird!

⋆ Wir fordern, daß keine Flüchtlinge mehr abgeschoben werden und daß die Roma in der BRD bleiben können. Die Abschiebung der Roma nach Jugoslawien kommt einem Todesurteil gleich!

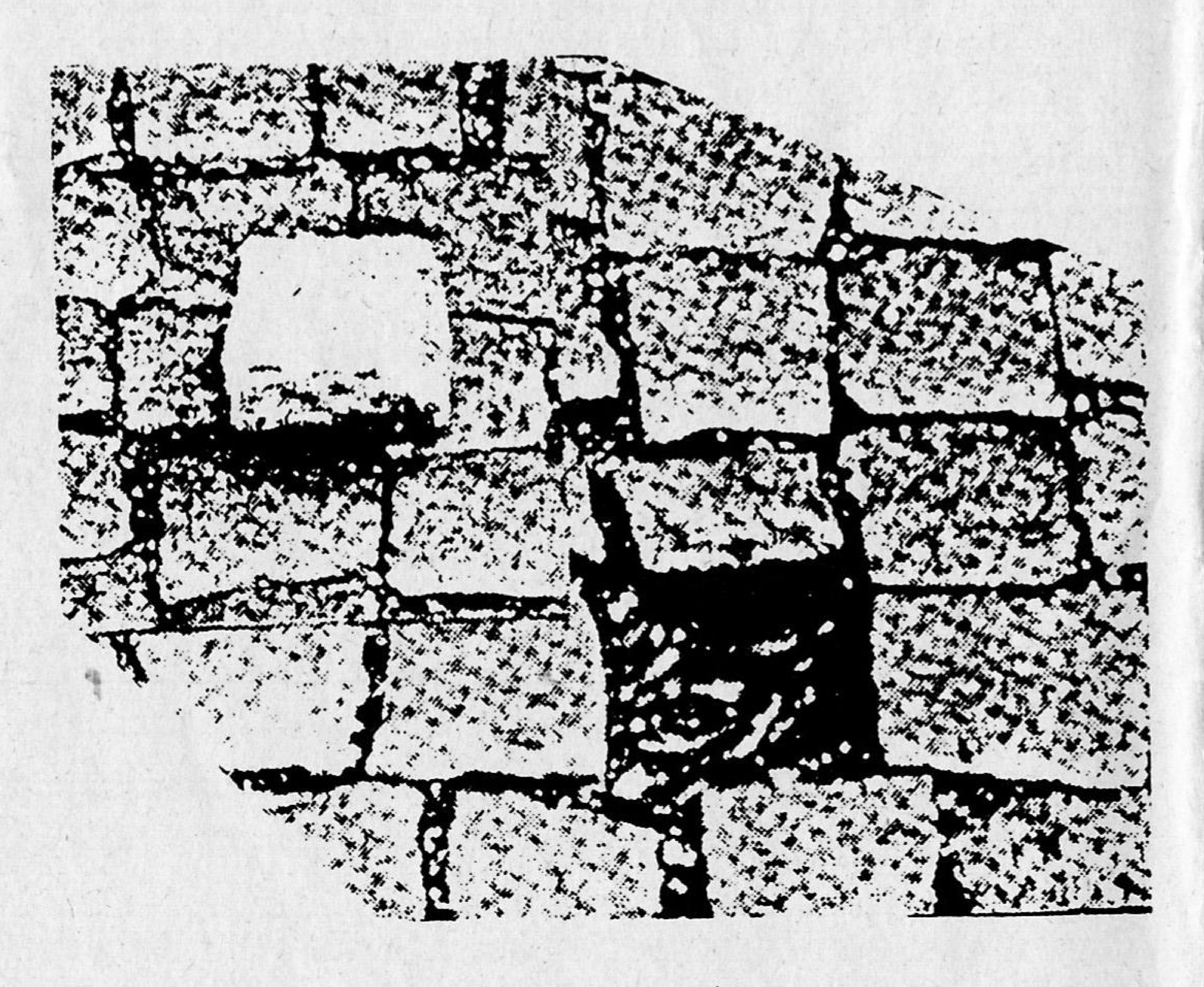
⋆ Wir fordern die sofortige Schließung des Knastes Heimsheim, der mitten in die Peripherie gebaut wurde, fernab jeder öffentlichen Verkehrsanbindung, so daß für die meisten Besuche kaum möglich sind!

⋆ Wir fordern die Schließung des Knastes Weiterstadt! Weiterstadt ist als Abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände erbaut worden. Ein Gelände, das Jahrzehnte als Ablagerungsplatz einer Chemiefirma diente und wo die Klärschlämme von Darmstadt hingeleitet wurden. Letztlich war der Bau überhaupt nur möglich, weil Joschka Fischer seine Zustimmung gab und er dafür seinen Ministerposten erhielt!

Wir fordern keine unrealistischen Dinge. Letztlich wollen wir wie Menschen leben können. Hier in der BRD ist es aber so, daß ein Polizeihund einen höheren Tagessatz hat, als ein gefangengehaltener Mensch. Selbst der Platz ist für einen Polizeihund um das vierfache größer vorgeschrieben ($16\,m^2$). Wir dagegen müssen auf $4\,m^2$ leben, rechnet manfrau die nicht von Bett, Tisch, Schrank und Stuhl belegte Fläche zusammen.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Stuttgart-Stammheim im Sommer 1991



PRESSEERKLÄRUNG

Am 29.7. dieses Jahres, sechs Tage nach der brutalen Räumung und Zerstörung des Flora-Parks, wurden Ralf Gauger und Knud Andresen von vier Hamburger Zivilfahndern in Pinneberg festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Betonplatten auf die Zugstrecke Hamburg - Kiel gelegt zu haben.
Die beiden wurden von der Roten Flora aus observiert - mit der Begründung, "sie seien von Flora-Aktionen bekannt".
WIR WISSEN, DAß DIE BEIDEN KEINE GEGENSTÄNDE AUF DIE SCHIENEN GELEGT HABEN !
Dafür gibt es folgende Gründe :
Zum einen sagen Knud und Ralf selbst, daß sie es nicht waren und sie verurteilen eine solche Aktion aus politischen sowie moralischen Gründen.
Ein weiterer Grund für die Unhaltbarkeit des Vorwurfs ist die Tatsache, daß Knud und Ralf sich in linken Diskussionszusammenhängen bewegen. In diesen Zusammenhängen gibt es keine zentrale Entscheidungsinstanz, aber in wesentlichen Punkten existieren eindeutige Kriterien, die bestimmte Aktionen von vornherein ausschließen sollen : Klar ist, daß das Leben von Unbeteiligten nicht gefährdet werden darf! Eine solche Aktion ist ausserdem nicht im Entferntesten mit linken, revolutionären Zielsetzungen begründbar.
Im Gegensatz dazu liegt es auf der Hand, welchen Nutzen eine solche Aktion für den Staatsschutz hat. Für uns ist noch offen, ob der Staatsschutz diese Aktion selbst vorbereitet und ausgeführt hat oder die von anderen ausgeführte Tat den beiden unterschieben will.
In jedem Fall bleibt das Ziel das gleiche! Einzelne werden rausgegriffen, um den politischen Widerstand insgesamt zu diffamieren und einzuschüchtern. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Die Spannbreite reicht von selbstinszenierten Aktionen - z.B. "Celler Loch" - über konstruierte und erlogene Vorwürfe - z.B. "RAF in der Hafenstraße" - bis hin zur Kriminalisierung bloßer politischer Meinungsäußerungen - z.B. Zusammenlegungsforderung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und anderer kämpfender Gefangener - .
Im Falle von Ralf und Knud besteht ein direkter Zusammenhang zur Auseinandersetzung um die Rote Flora.
Laut Innensenator Hackmann sei es bei den Polizeiaktionen darum gegangen, "ob Regierung und Parlament im Schanzenviertel das Sagen haben oder selbsternannte Kräfte".
Dieser absolute Machtanspruch ist nicht nur auf die Rote Flora reduziert. Zu seiner Durchsetzung wurden in den letzten Jahren unter anderem immer mehr Sondereinheiten der Polizei geschaffen, die für sich selbstständig operieren. Wie z.B. die neu gegründete "FD 942", die mit verdeckten Ermittlern auf Demonstrationen auftritt. Oder die 1988 gegründeten "E-Schichten", die in den so genannten Problemvierteln - St.Pauli, Schanzenviertel, Altona - stationiert wurden. Gerade im Falle der E-Schichten heißt "selbstständig operieren" : Prügeln, bespitzeln, schikanieren!
Und dabei sind den einzelnen Bullen keine Grenzen gesetzt.
Aber auch der Staatsschutz - Verfassungsschutz und Landeskriminalamt - steht dem in nichts nach und greift immer wieder zu Methoden wie folgenden : Letztes Jahr wurde eine Under-Cover-Agentin des LKA - Mantz - in die Rote Flora eingeschleust. Hausbesitzer wurden vom LKA unter Druck gesetzt, bei Besetzungen ihres Hauses Strafantrag zu stellen, wie zuletzt in der Tegetthoffstraße geschehen.
Und genau in diesem Zusammenhang sehen wir auch die Vorfälle in Pinneberg, das Lügenkonstrukt gegen Knud und Ralf.
Durch das scheinbar wahllose Herausgreifen einzelner, sowie durch die Tatsache, daß die beiden nach sieben Wochen immer noch in Untersuchungshaft sitzen, soll ein Klima der Einschüchterung und Angst geschaffen werden.
Außerdem besteht immer noch die Gefahr, daß diese Lüge dazu verwendet wird, linken Widerstand in der Öffentlichkeit zu diffamieren und zu spalten.
Wir hoffen, daß die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Presse mit dazu beitragen, die Freilassung von Ralf und Knud zu erreichen und weiterhin den zu erwartenden Diffamierungsversuchen durch eine angemessene Berichterstattung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON RALF UND KNUD !

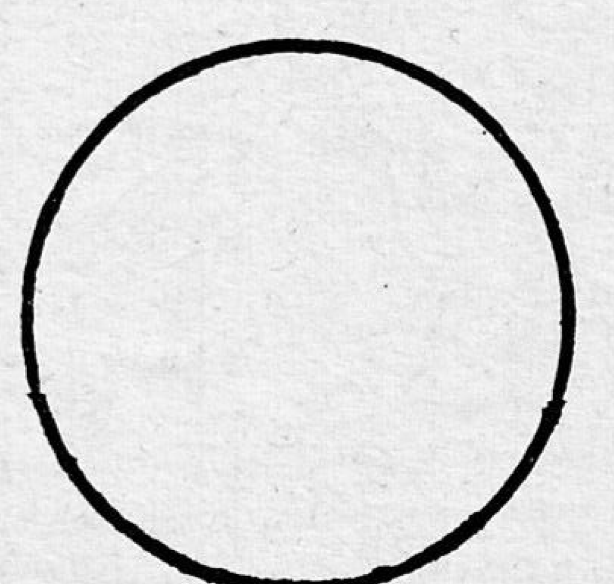
WIR GRÜßEN HOLGER DEILKE, gegen ihn wird seit fünf Monaten vor dem OLG Hamburg ein Prozeß geführt. Er soll durch Staatsschutzkonstrukte als RAF-Mitglied verurteilt werden. HOLGER MUß RAUS !

WIR GRÜßEN OLAF AUS NEUMÜNSTER, dem zur Zeit wegen der Hafenstraßen- und Antikriegsdemo vom 9.2. dieses Jahres der Prozeß gemacht wird. Er wird von Bullen der "FD-942"-Einheit belastet.

ENTLARVT DIE STAATSSCHUTZLÜGEN !

Hamburg, den 18.9.1991

SOLIDARITÄTSGRUPPE KNUD UND RALF



AUTONOMES RUBBELLOS

Hier feste rubbeln, bei Erscheinen einer Zahl zwischen 1-15 habt ihr einen Platz an der Sonne gewonnen, nämlich in der ersten Kette der Anti-Fa-Demo in Hoyerswerda! Viel Glück und viel Spaß!



Heute, am Mittwoch, den 18. 9. 1991, haben wir das Justizministerium in Kiel besetzt.
Wir konnten um 10.00 Uhr das Gebäude durch eine offenstehende Tür betreten und begaben uns auf einen Balkon im 1.Stock. Dort befestigten wir ein Transparent mit der Aufschrift **HÄNDE WEG VON DEN POLITISCHEN GEFANGENEN** und verlasen per Megaphon unser Flugblatt. Wir haben den dort arbeitenden Menschen unser Anliegen erklärt und ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß diese Aktion nicht gegen sie gerichtet ist. Gleichzeitig verteilten UnterstützerInnen vor dem Justizministerium Flugblätter und hielten ein Transparent mit der Aufschrift **ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN IN 1 ODER 2 GROSSE GRUPPEN.**
Unsere Forderungen vom schleswig-holsteinischen Justizminister Klingner sind:
- die Zusicherung, daß die Kleinstgruppe in Lübeck nicht auseinandergelegt wird, sondern um die Gefangenen erweitert wird, die das für sich fordern.
- Zusammenlegung der politischen Gefangenen in 1 oder 2 große Gruppen
- Zusammenlegung aller Gefangenen, die darum kämpfen.
- Freilassung der Haftunfähigen Gefangenen
- freie Arztwahl.
- freie Kommunikation.

Uns wurde mitgeteilt, daß Justizminister Klingner und seine persönliche Referentin in Bremen sind. Daraufhin waren wir bereit, mit Staatssekretär Jensen zu sprechen, der sich in einer Kabinettssitzung befand.
Bei dem Gespräch machte er folgendes deutlich:
1.) In Schleswig Holstein gibt es keine Bestandsgarantie der Kleinstgruppe in Lübeck. Sie behalten sich jederzeit die Möglichkeit vor, die Gruppe auseinanderzulegen.
Was nochmal deutlich macht, daß die politischen Gefangenen als Geiseln der HERRschenden genutzt werden.
2.) Zusätzlich erklärte Jensen, daß die Kleinstgruppe in Lübeck nicht um Gefangene, die das für sich fordern, erweitert wird.
3.) Die Landesregierung lehnt eine Zusammenlegung der politischen Gefangenen in 1 oder 2 große Gruppen ab. Eine Begründung für diese Ablehnung war das "Nicht Abschwören" der politischen Gefangenen.

Durch dieses Gespräch brachte die schleswig-holsteinische Landesregierung nochmal zum Ausdruck, daß sie an der harten Linie gegenüber den Gefangenen festhält. Das heißt, daß die politisch Verantwortlichen an den unmenschlichen Isolationshaftbedingungen festhalten und, die im letzten Hungerstreik 89 erkämpften Zugeständnisse schrittweise zurückgenommen wurden und werden.
Nach wie vor gilt: Abschwören oder Isolationsfolter

Wir wurden mehrmals aufgefordert das Gebäude zu verlassen. Für uns war klar, daß wir solange bleiben, bis wir wenigstens zu einer unserer Forderungen eine verbindliche Zusage erhalten.
Ihre Antwort war nach ca 2 1/2 Stunden die polizeiliche Räumung des Justizministeriums und die Einleitung von Strafverfahren gegen die BesetzerInnen. Wir mußten uns einer Personalienfeststellung unterziehen.
Danach zogen wir gemeinsam mit den UnterstützerInnen in die Innenstadt, machten eine Kundgebung und verteilten Flugblätter.

WIR WAREN HEUTE IM KIELER JUSTIZMINISTERIUM UND WERDEN IMMER WIEDER DA SEIN, WENN ES DARUM GEHT, GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND FOLTER ZU KÄMPFEN.

Kieler Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenenn

KN 19. Sep. 1991

Justizministerium für kurze Zeit besetzt

Kiel (chr) Eine Gruppe, die sich selbst als „Kieler Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenen" bezeichnet, hat gestern das Justizministerium in Kiel besetzt, um die Zusammenlegung der inhaftierten Mitglieder der Rote Armee Fraktion durchzusetzen. Ministeriumssprecher Thomas Stanisak erklärte, rund zehn Personen hätten sich „durch einen Trick Zugang zum Gebäude verschafft". Auf einem Balkon befestigten sie ein Transparent und verlasen ein Flugblatt. In Vertretung für Minister Klaus Klingner, der in Bremen weilte, sprach Staatssekretär Uwe Jensen mit der Gruppe. In „ruhiger Atmosphäre", so Stanisak, sei den Besetzern mitgeteilt worden, daß das Land weder einen Anlaß sieht, die Kleingruppe in Lübeck auseinanderzulegen noch weitere Gefangene hinzuzuziehen. Da die Besetzer das Gebäude nicht verlassen wollten, wurde es von der Polizei geräumt.

Balkon besetzt

■ Eine zwölfköpfige Gruppe besetzte gestern einen Balkon im Kieler Justizministerium, um der Forderung nach einer **Zusammenlegung der RAF-Gefangenen** Nachdruck zu verleihen. Damit reagierten sie auf Presseberichte, wonach Anschläge aus den Zellen heraus von den Gefangenen und ihren Anwälten gesteuert würden. Dieser Vorwurf hat bereits zu Zwangsverlegungen geführt. Nach zweieinhalb Stunden räumte die Polizei den Balkon des Ministeriums. *taz*

TAZ 19. Sep. 1991

SPIEGEL-BESETZUNG

INFO Nr. I

Hannover,
September 91

Plenum zu den 129a-Ermittlungsverfahren

Im Frühjahr diesen Jahres begann eine massive Pressekampagne gegen die Gefangenen aus der RAF und aus dem antiimperialistischen Widerstand, in der altbekannte Vorwürfe, wie den der Zellensteuerung, propagandistisch als feststehende Tatsache präsentiert wurde. Prozeßaussagen von Gefangenen wurden dabei so verdreht, daß sie als Ankündigung neuer Aktionen herhalten mußten. Ihren - vorläufigen - Höhepunkt fand diese Kampagne im Sommer, als den Anwälten und Anwältinnen der Gefangenen Kurierdienste vorgeworfen wurden.

Diese Situation war für uns der Anlaß, am 8.Juli 1991 die Räume des "Spiegel"-Büros in Hannover zu besetzen. Wir haben das Mittel der Besetzung gewählt, um auf diese Hetze öffentlich zu antworten und nicht hinter die Öffentlichkeit und Erfahrung aus dem letzten Hungerstreik 1989 zurückzufallen. Die Besetzung war die praktische Umsetzung unseres Protestes.

Wir haben gerade das "Spiegel"-Büro besetzt, weil diese Zeitung neben der "Welt" federführend an der Propaganda gegen die politischen Gefangenen beteiligt war. Ein Ziel der Besetzung war es, wenigstens an einem Punkt dem gleichgeschalteten Medienapparat etwas entgegenzusetzen. Die Aktion war so angelegt, daß zum einen der "Spiegel" selbst mit der Besetzung angegriffen werden sollte und wir es zum anderen selber in der Hand haben wollten, daß unsere Position auch anderen Zeitungen etc. bekannt wird. Deshalb haben wir unsere Erklärung über das FAX-Gerät des "Spiegel"-Büros an Zeitungen, Presseagenturen und AnwältInnen verschickt. Teile der Erklärung wurden über Megaphon verlesen. Das Büro befindet sich am Kröpke, einem der zentralen Plätze Hannovers, auf dem wir außerdem mit Transparenten und Flugblättern auf die Aktion aufmerksam machten.

Ein weiteres Ziel der Besetzung war es, uns für die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in große Gruppen einzusetzen.

In regionalen und überregionalen Zeitungen, in Radio und Fernsehen wurde die Besetzung erwähnt. Meist wurden wir als Mitläufer der RAF, Sympathisanten, Gefolgsleute oder Freunde dargestellt. Eine Methode, die darauf abzielt, ein eigenes politisches Verhältnis zu den Gefangenen zu negieren.
Gefreut hat uns, daß auch in Köln, Wiesbaden und Frankfurt GenossInnen ähnliche Aktionen gemacht haben, auch die Ruhe durchbrochen haben, in der Presse und Staatsschutz ihre Hetze durchziehen konnten.

Wir haben diese Aktion aus einem solidarischen Verhältnis zu den Gefangenen gemacht, das davon geprägt ist, daß die Gefangenen wie wir auch, Teil des Kampfes um gesellschaftliche Veränderung sind. Allerdings drückt sich dieses Bewußtsein nicht in unserem Alltag aus, da die Auseinandersetzung um die Situation der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand und die Diskussion mit ihnen kaum Bestandteil unserer politischen Praxis ist. Das liegt u.a. daran, daß es ein relativ unkonkretes und indirektes Verhältnis zu den Gefangenen gibt. So ist es uns bisher nicht gelungen, sie in unsere derzeitige Praxis - Häuserkampf, Widerstand gegen die EXPO, Antifa und Flüchtlingspolitik - mit einzubeziehen. Innerhalb der Bewegung spielt auch deshalb die Situation der politischen Gefangenen vornehmlich im Rahmen der staatlichen Repression eine Rolle.

Trotzdem sind wir nicht bereit hinzunehmen, daß dieser Staat versucht, die Gefangenen mundtot zu machen und jede Diskussion zwischen dem Widerstand und ihnen zu verhindern, indem er zum einen gegen die Gefangenen direkt vorgeht (Isolationshaft, Kontaktsperre, Zensur) und zum anderen je nach politischer Opportunität BesucherInnen, AnwältInnen und Angehörige kriminalisiert.

So hat das LKA Niedersachsen inzwischen gegen die 16 Leute, die im Büro waren, ein Ermittlungsverfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a", "Körperverletzung", "Nötigung" und "Hausfriedensbruch" eingeleitet. Den bis jetzt zweimaligen Vorladungen zum LKA ist niemand nachgekommen.
Mit dem § 129a haben sie die schärfste Waffe aus dem Arsenal ihrer Kriminalisierungsmöglichkeiten gewählt. Der 129a und der Staatsschutzapparat sind in ihrer Anwendung und Androhung deutlichster Ausdruck politischer Repression. Daß diese Waffe gegen uns eingesetzt wird, ist kein Zufall. Seit langem kriminalisiert der Staat mit Hilfe des 129a den Kampf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und ihrer Kommunikation mit draußen. Den Höhepunkt fand die Kriminalisierung des antiimperialistischen Widerstands und der Forderung nach Zusammen-

legung im Konstrukt "Gesamt-RAF". Nach dieser Konstruktion sollen neben der Guerilla auch eigenständig operierende, aber legal Lebende (illegale Militante, kämpfende Einheiten) zur Organisation RAF gehören; dies soll ebenso gelten für das sogenannte militante Unterstützerumfeld und die Gefangenen.

Daß im letzten Hungerstreik der Kampf der Gefangenen eine gesellschaftlich breite Solidarität wie nie zuvor hatte, vergrößerte die Möglichkeit, sich öffentlich für die Zusammenlegung einzusetzen.

Obwohl nur geringe Verbesserungen der Haftbedingungen erreicht wurden, versucht der Staatsschutzapparat erneut mit Medienhetze und Kriminalisierung diese Veränderungen zurückzudrehen und damit den öffentlichen Raum, in dem sich die breite Solidarität entwickeln konnte, zu besetzen.
Das Verfahren gegen uns ist deshalb nur im bundesweiten Zusammenhang zu begreifen:
- Medienhetze und Terror gegen die AnwältInnen,
- § 129a-Verfahren in Nürnberg wegen der Forderung nach Zusammenlegung,
- Verbot auf dem Knastcamp Aichach/Bayern, die Zusammenlegungsforderung zu nennen,
- erneute Verfahren (u.a. § 129a) gegen das Angehörigeninfo,
- lokale Pressehetze gegen das AJZ Bielefeld nach der dortigen Knastkundgebung,
- Kampagne gegen die Hafenstraße.

Wir sollen Zusammenlegung nicht mehr fordern, nicht mal mehr denken, geschweige denn uns praktisch für sie einsetzen!

Der 129a ist aber zugleich Ermittlungsparagraph. Der Staatsschutz beschafft sich mit ihm einen legalen Ausnahmezustand, der ihm jede Möglichkeit zur Bespitzelung und Ausforschung in der linken Bewegung gibt. Nachdem es dem Staatsschutz bisher nicht gelungen ist, im Zusammenhang mit verschiedenen Aktionen der letzten Zeit, z.B. gegen die EXPO, Fahndungserfolge zu präsentieren, bietet sich ihm mit dem § 129a eine Möglichkeit, einen genaueren Einblick in die Strukturen des Widerstands zu bekommen.

Aus unseren bisherigen Diskussionen über die Aktion und die anschließenden Ermittlungsverfahren können wir jetzt sagen, daß wir es alle für richtig erachten, den § 129a im politischen Zusammenhang mit unserer Erklärung - also dem politischen Zusammenhang mit unserer Erklärung (siehe RAZZ Nr. 27, Angehörigeninfo Nr. 71, Interim Nr. 156) - also dem politischen Inhalt - zu sehen und nicht losgelöst als juristische Keule. Darin liegt für uns die Perspektive, ihre Spaltungs- und Abschreckungsversuche durch die Kriminalisierung zunichte zu machen. Dazu ist dieses Flugblatt der erste Schritt.
Wir fordern:

- Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller Gefangenen, die die Zusammenlegung fordern - keine Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung!
- Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen - freie Arztwahl und medizinische Versorgung im Knast!
- Schluß mit den Schreib- und Besuchsverboten - Schluß mit der Zensur durch BAW und Knastleitung - für freie politische Information und Kommunikation untereinander und mit draußen!
- Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die "Spiegel"-Büro BesetzerInnen!

ich geh
doch nicht
wegen absingen
von "die gedanken sind frei"
in kahn
sagt marx
die könn mich
am arsch lecken
mit ihren neuen
gewaltparagraphen
ppz

Wir brauchen Eure Solidarität - aber zumindest Euer Geld!
Für Anwalts- und Prozeßkosten - die SpiegelbesetzerInnen!
Spendenkonto: Stichwort "Spiegel"
Konto: Willms
Kto-Nr. 320 181 18
BLZ 250 501 80
Stadtsparkasse Hann[illegible]

Kurze Bemerkungen über das in der Interim Nr.157, S.19 veröffentlichte Interview (Übersetzung von Wildcat)

Man muß über die Realität und nicht über das eigene Wunschdenken reden!

A Die kurdische Bewegung hat eine lange Tradition im Befreiungskampf gegen den britischen Kolonialismus und die Zentralregierung - gemeinsam mit dem irakischen Volk!

B Dieser berechtigte Kampf wurde teilweise von den Feudalherren und vom Kleinbürgertum ausgenutzt, was zu einer reaktionären, verräterischen Politik führte.

C Es ist unverschämt, diesen breiten, bewaffneten Widerstand auf Aussagen wie "...schnappten sie sich einen arabischen Fahrer und exekutierten ihn, weil er Araber war." zu reduzieren. Das erinnert an Formulierungen, wie sie auch von Saddam zur Diffamierung des Widerstandes benutzt werden, z.B. sagte er in einer Rede: "Sie sind ein paar Zerstörer, die über die Grenze einfallen und hier einen Polizisten töteten, der gerade aus dem Urlaub zurückkam" (sinngemäß).
Die Reaktionen des Interviewers auf diese Aussage entbehrt nicht eines gewissen britischen Chauvinismus', wenn er sagt: "Das erinnert ein bißchen an die irischen NationalistInnen hier!", was wiederum an Thatcher erinnert. Natürlich ist es problematisch, daß die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker teilweise nationalistische Strömungen enthalten.
Die Hervorhebung und Überbewertung dieser nationalistischen Strömungen und die Antwort des Interviewten ("Ja, sehr stark. Unschuldige ArbeiterInnen und StudentInnen wurden umgebracht") ist jedoch eine ignorante Verachtung aller FreiheitskämpferInnen, die die Miglieder der Geheimdienste und Baath-Funktionäre töteten, Militärkasernen und den Polizeitapparat angriffen und dafür z.T. inhaftiert, gefoltert und ermordert wurden und werden. In diesen Ländern herrscht eine völlig andere für uns hier kaum nachvollziehbare Qualität des Kampfes, die natürlich nicht das Töten "Unschuldiger" rechtfertigt, die uns jedoch verbieten sollte, leichtfertig mit diesen Auseinandersetzungen umzugehen und solche Aussagen unkommentiert hinzunehmen.

D Ohne eine breite Unterstützung hätte sich der Widerstand nie jahrzehntelang halten können. Die KämpferInnen "flohen" ins Gebirge, weil dort aufgrund der guten Unterstützung der Bevölkerung aus den Dörfern eine bessere Ausgangslage für den bewaffneten Guerillawiderstand existiert, d.h. sie ***haben*** eine Basis im Volk.

E Der Interviewte lügt, wenn er sagt: "... erlitten aber erst schwere Niederlagen, denn ihre Soldaten waren keine Freiwilligen..." Mit diesem Punkt habe ich absolute Schwierigkeiten, dazu fällt mir echt Nichts ein, was dem als Antwort gerecht werden könnte. Wie kann dieser Typ so was sagen? Und wie können die ÜbersetzerInnen bzw. die Redaktion sowas glauben und unkommentiert abdrucken? Es ist eine absolut unglaubwürdige Behauptung, daß Tausende von Männern und Frauen, die an diesem Kampf teilnehmen, zu dieser Teilnahme in irgendeiner Weise gezwungen werden können.

Über "The days that shook Iraq"

Zwar zeigt dieser Artikel einige richtige Ansätze zur Beschreibung der Lage im Irak, doch werden auch einige offensichtlich falsche oder oberflächliche Behauptungen aufgestellt, z.B.:

A "Der Golfkrieg wurde nicht durch den militärischen Sieg der USA und der Allierten beendet. Er wurde durch die Massendesertion Tausender irakischer wehrpflichtiger Soldaten beendet."

Das hat sicherlich eine wichtige Rolle gespielt, zumal die Soldaten stark am Zustandekommen des Aufstandes beteiligt waren, z.B. durch "einfache" Gesten wie die Zerschießung eines Wandbildes von Saddam. Darüberhinaus war es jedoch vor allem der Haß der Völkerung auf das Fa-Regime und ihre verbrecherische Bombardierung, die den Willen zur schnellen Beendigung des Krieges brachten.

B "Die Wahrheit ist, daß die Erhebungen, sowohl im Norden als auch im Süden, **proletarische** Aufstände waren."

Leider ist dies nicht ganz die Wahrheit, sondern Wunschdenken, wobei zwischen Wunsch und Realität noch Welten liegen! Ein proletarischer Aufstand ist zwar unser Wunsch, unsere Hoffnung und unser Willen, aber er ist in weiter Ferne. An den Erhebungen im Irak haben sich vielmehr viele, verschiedenste Kräfte beteiligt, nicht nur Kommunisten, sondern auch Demokraten, unabhängige kurdische Nationalisten und religiös Motivierte. Auch letztere haben viel Masse und Kraft gehabt, was ja überhaupt nicht mit unseren Vorstellungen übereinstimmt. Das soll jedoch nicht heißen, daß die Linken und Kommunisten keine wichtige Rolle gespielt haben. Tatsächlich haben sie im irakischen Kurdistan ein neues und richtiges Mittel im Aufstand benutzt und durchgesetzt, nämlich die Räte, z.B. in Suleymania, Kirkuk, Arbil usw.
Die Forderungen dieser Massenräte waren z.B.

1. Brot, Arbeit und Freizeit für alle, Gründung einer Räte-Republik. ("Alle Macht den Räten")
2. freie, bedingungslose Ermöglichung politischer Arbeit
3. Recht auf Selbstbestimmung für das kurdische Volk
4. 35-Stunden-Woche
5. Gleichberechtigung von Frau und Mann
6. freies Demonstrations- und Streikrecht
7. offensive Aufstände, die die Terrorzentren zerbrechen
8. den Wiederaufbau der Terrorzentren verhindern.

Die Zahl der Räte belief sich in Suleymania auf 54, in Kirkuk auf 6, in Arbil auf 45, für die anderen Städte liegen keine Zahlenangaben vor.
Die Räte haben auch die Widerstandsarmee aufgebaut.

C "Eine wichtige Rolle in dem Aufstand spielte eine Gruppe namens 'Kommunistische Perspektive'. In ihrer Zeitschrift 'Proletariat' schlugen sie den Aufbau von Arbeiterräten vor. Dies rief sowohl unter den Nationalisten als auch in der KP und ihren Splittergruppen Angst und Zorn hervor."

Das ist glatt gelogen. *Erstens* spielt nicht nur **eine** Gruppe eine wichtige Rolle im Aufstand, und *zweitens* ruft sie mit dem Vorschlag zur Bildung von Arbeiterräten weder Angst noch Zorn bei Nationalisten und KP hervor. Wenn dieser Vorschlag keinen Rückhalt in der Bevölkerung hätte, wären die Arbeiterräte, die viele wichtige Aufgaben in diesem Aufstand übernehmen, nie gegründet worden (s.o.). **Zorn und Angst kann so ein Vorschlag nur bei Menschen hervorrufen**, die gegen einen revolutionären Weg im Aufstand des Volkes sind, während Menschen, die den Aufstand tatsächlich unterstützen, die Bildung von Arbeiterräten begrüßen!

D "Die KDP wurde von Reichen im Exil gegründet, die durch die Massenaufstände der Arbeiterklasse von 1958 aus Kurdistan vertrieben worden waren."

Auch das ist gelogen: tatsächlich wurde die KDP 1946 von Barsani und anderen im irakischen Kurdistan gegründet.

Dies sind nur einige Anmerkungen zu dem Interview, es könnte natürlich noch mehr dazu gesagt werden. Vielleicht ist der Ton z.T. zu hart, aber wir haben die Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten satt!

Termin: 4. Oktober 1991
Zeit: 20.30 Uhr
Ort: Schokofabrik, 4. Etage

Titel: **Krieg in Jugoslawien!**
Untertitel: **Frauen zwischen Pazifismus und Nationalismus**

Text: *"Krieg ist kein geschlossener Ablauf, er ist Wirklichkeit, aber auch eine Geisteshaltung, eine schwindelerregende Spirale von Ereignissen, der ein langsamer Prozeß der Bewußtwerdung folgt. ... Deshalb ist es auch so schwer zu sagen, wann er angefangen hat, wer angefangen hat und wer die Feinde sind."* schreibt die Journalistin Slavenka Drakulic.

Warum dauert es so lange, bis die während des Golfkrieges vielgestellte Frage: "was können wir gegen Krieg tun?" in bezug auf Jugoslawien gestellt wird?

Bosiljka Schedlich und Barbara Martin werden in einer offenen Diskussion über die Friedensaktivitäten in Jugoslawien aus Sicht der Frauen berichten, werden einen Einblick in die vielfältige kulturelle, ethnische und historische Situation Jugoslawiens geben und die unterschiedlichen Lebensweisen von Frauen, die sich daraus ergeben, ansprechen.

Es ist die erste Veranstaltung in einer geplanten Reihe zu Jugoslawien. Das Land ist so komplex, daß es als Mikrokosmos bezeichnet werden kann, auf dem sich die derzeit für Europa wichtigen sozialen, politischen und kulturellen Strömungen zeigen. Die nächste Veranstaltung findet voraussichtlich mit der slowenischen Journalistin Vlasta Jalušič Ende Oktober statt.

INFO - und DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

NOCH EIN BLINDER FLECK: DAS ENDE DES SOZIALISTISCHEN VIELVÖLKER-STAATES YUGOSLAWIEN

SONNTAG, 29.September 19.30 im LAZ, Crellestr. 22 (U- Kleistpark)

Das Ende des sozialistsichen Vielvölkerstaates Yugoslawien, das sich schon kurze Zeit nach dem Ende d r Titoära andeutete (198o) und zur Zeit in einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und politischen Interessen mündet, scheint für die Linke kein Thema zu sein. Die Basis für Diskussion und Aktion ist brüchig angesichts einer unübersichtlichen Lage, die von rivalisierenden nationalstaatlichen Interessen und dem Neuordnungsprozeß in Osteuropa gekennzeichnet ist. Dazu kommt, daß auch das "Modell Yugoslawien" nicht von der traditionellen Distanz derLinken zu der Situation in den Ländern Osteuropas ausgenommen war. Yugoslawien, ein weiterer blindr Fleck?

Uns würde interessieren:
- die ökonomische Lage in den Teilrepubliken nach dem Ende der kurzen Episode der sozialistischen Selbstverwaltung.
- Welche Rolle spielen EG und EG-Binnenmarkt in Yugoslawien?
- Welche soziokulturellen Unterschiede bestehen auf dem Gebiet YU's?
- Die geostrategische Bedeutung der Balkanregion.

Wir wissen darauf auch nur unzureichende Antworten, ihr habt vielleicht noch ganz andere Fragen, gemeinsam mit zwei Leuten aus Ljublijana, die an diesem Abend dabei sein werden, würden wir gerne eine Diskussion beginnen.

Einige KrisentouristInnen

HEY LIEBE ♀♀♀

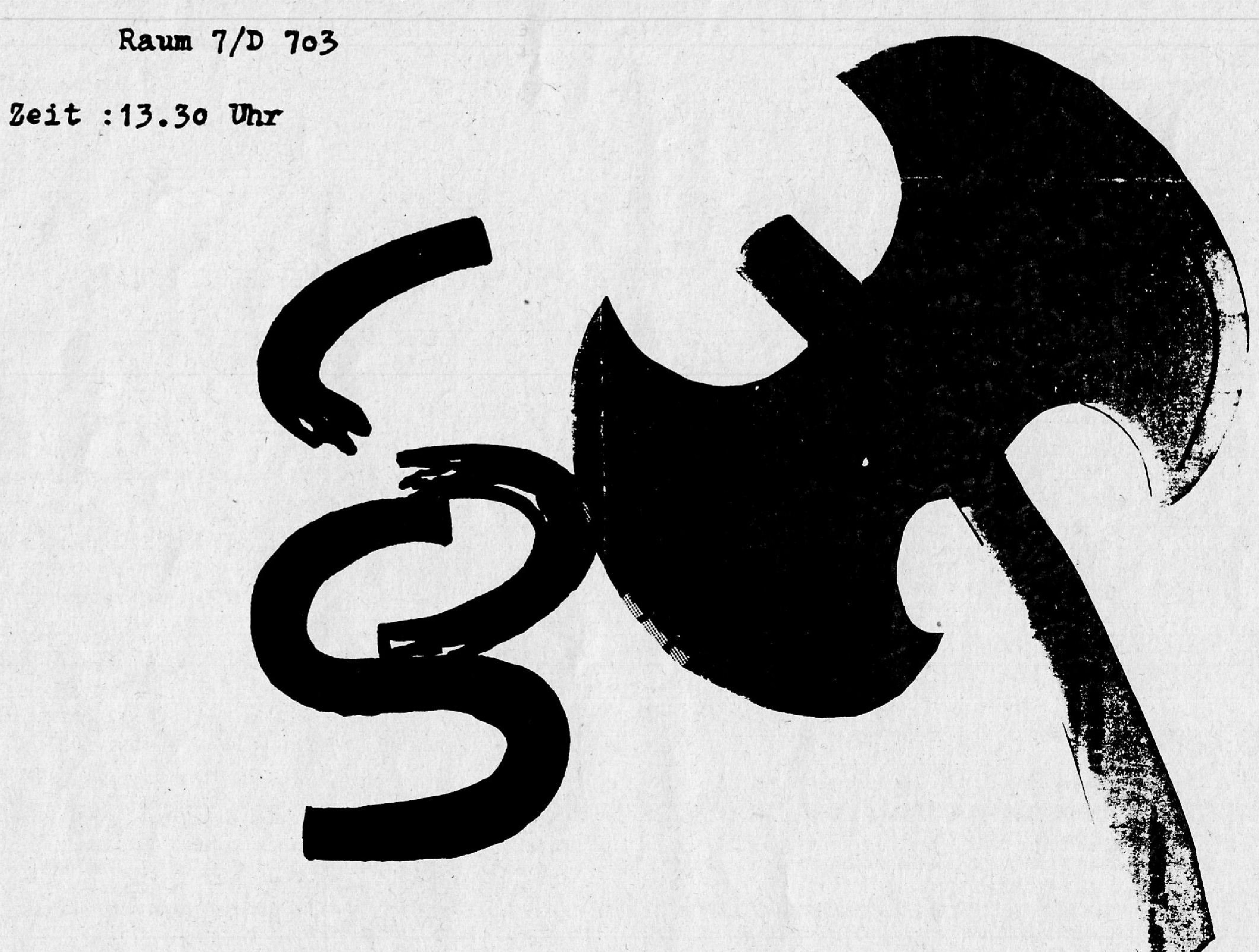
Am 1.Oktober findet im Amtsgericht Tiergarten ein Prozeß gegen 'ne ♀♀ statt, die bei einer Demo gegen den Golfkrieg eingefahren ist. Die Anklage lautet auf : Gefährliche Körperverletzung und Widerstand.

SETZEN WIR DER STAATSSCHUTZJUSTIZ UNSERE POLITISCHE SOLIDARITÄT ENTGEGEN !!!!!

Deshalb : K O M M T M A S S E N H A F T !!!!

Ort : Amtsgericht Tiergarten
Achtung! Bingang Wilsnacker Str.4
Raum 7/D 703

Zeit :13.30 Uhr





Polen fingen „Illegale" ab

WARSCHAU, 9. September (AFP). Polnische Zöllner haben 25 Menschen an der illegalen Überschreitung der deutschen Grenze gehindert. 20 Rumänen, vier Bulgaren und ein Ägypter hätten am Samstag in der Umgebung von Stettin versucht, heimlich in die Bundesrepublik zu kommen, meldete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Die jungen Männer wollten nach eigenen Angaben im Westen eine bezahlte Arbeit und eine Wohnung finden. FR 10.9.91

Rund 15000 Osteuropäer, meist Bulgaren und Rumänen, kampieren im polnischen Grenzgebiet zu Deutschland und warten auf eine günstige Gelegenheit, sich einzuschmuggeln, heißt es unbestätigten Berichten zufolge.

Termine termine Termine termine Termine termine Termine

Donnerstag 26.9

15.00 Schweine Mensa Treff
auf dem Görli
21.00 "Die braunen Kolonnen
dürfen nie wieder maschieren"
Video über Naziaufmarsch und
Gegendemo in Bayreuth
im Infoladen Daneben

Freitag 27.9

21.00 Im Infoladen Daneben
dasselbe wie gestern
13.00 PROZESS wegen
Widerstand zu Golfkriegszeiten

Moabit II/671 Eingang Turmst.

19.00 VV zur Demo in Hoyerswerda
Versammlungsraum, Mehringhof

20.00 Demaskieren wir E92
Debatten und Aktivitäten in
Spanien ein Bericht von RamonDuran
im EX

22.00 !YO!RAP! Party für
Prozesskosten Köpenickerstr.137

Samstag 28.9

16.30 Gedenkveranstaltung
für Yilmaz Güney im TU Audimax
11.00 BIS 17.00 Diskussion
über mögliche Aktivitäten in Berlin
zu E92 im Versammlungsraum im Mehringhof
13.00 Kundgebung vor Springer
gegen die Pressehetze. Kochstr.

Sonntag 29.9

9.00 Berlin Marathon

Ausserdem Sonntag

14.00 Antifaschistische
Demo in Hoyerswerda
gegen Rassismus und Ausländer
feindlichkeit
wegen Zeit und Treff schaut bitte
in die Tagespresse

Monntag 30.9

20.00 Olympia Festgenommenen
Trefen im Eisenbahn3er Pfarrstr.88

Dienstag 1.10

13.30 Prozess gegen eine ♀♀
Anklage: Gefährliche Körperverletzung
und Widerstand Wilsnackerstr.4
Raum 7/D 703
21.00 "Stop the Clause" Video über
Homosexuellendiskriminierung
im Infoladen Daneben

20.00 Erstes Redaktionsplenum
für die wandzeitung in der Volxküche E.Piaf
Niederbarimstr. 23 H.h

Donnerstag 3.10

20.00 "Du kommst aus einem anderen
Land": Video über AusländerInnenfeindlichkeit
im Infoladen Daneben

PROGRAMM DER 6. INTERNATIONALEN WAGENTAGE
BIS 28.9 in BERLIN

Do. 10 Uhr Frühstück am Schwarzen Kanal
danach Bericht der AG's
20 Uhr Vokü % bundesweite Wagenfilme am Kreuzdorf (Rauchhaus)

Fr. 10 Uhr Frühstück am Schwarzen Kanal
- AG's berichten
- Artikel ordnen, Zeitung layouten
- Transparente für die Demo malen
- Drucken im Drugstore
20 Uhr Vokü & Filme -Sinti und Roma
- Kölner Wagenburgspielfilm
in der Marchstraße

Sa. 9 Uhr Frühstück am Schwarzen Kanal
12 Uhr Demo ab demKinderbauernhof
- Zeitung drucken
ca.19 Uhr Abschlußplenum
ab ca.21 Uhr Fete, Vokü & Konzert an der WB a. d. Lohmühle
- Dias über die Wagenburg a.d. Waldemarstraße

So. 10 Uhr Frühstück am Schwarzen Kanal
danach Zeitung verteilen



KNASTKONZERT vor MOABIT

29.9. PNATSCH + GAST

23.10. GROUP DIREN

JEWEILS SONNTAGS 15⁰⁰

ALT MOABIT Ecke RATHENOWSTR.
U9 TURMSTRAßE S3 BELLEVUE

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !!